

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 15. Januar 1926

Nummer 3

INHALTSVERZEICHNIS

Rückblicke auf das Jahr 1925 III	E. D.
Der Kampf gegen die Sozialversicherung	Fr. Alceis
Sozialpolitik und Menschenökonomie	Prof. Dr. W. G. Vaags
Berufs(Hortbildung)-Schulpflicht und Erwerbslofenfürsorge für Jugendliche I	B. Dender
Der Vertrauensmann	H. Sengersdorf
Im Herzen der elektrischen Energie	J. O.
Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Alkoholfrage	H. Böggow
Nach Amerika II	H. W.
Aus Politik und Volkswirtschaft • Betriebsräte • Beamte • Aus den deutschen Gewerkschaften • Internationale Rundschau • Rundschau • Verbandszeit • Briefkasten	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz, 3105/06, 119 44

DIE
ZWÖLF HILFSGRÜNDE
DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER

REEMTSMA A.G.

CIGARETTENFABRIKEN

REGIE-UN-
KOSTEN

FABRIKATION
1919

REGIE-UN-
KOSTEN



FABRIKATION
1925

GROSSTES KONTINENTALES WERK
FÜR ORIENTALISCHE
QUALITÄTSCIGARETTEN







Mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefere ich überall hin gegen bequemen Nachkauf von nur 20%.

Handlases, Lautes, Gitarren, Violinen etc., Sprachapparate und Platos, Grammophone, Uhren, Photographische Apparate etc. Mit Katalog A gratis u. frei.
Walter H. Garts, Postfach 2624, Berlin S. 42.

Wachmanns Vin

von Herrn Schiller

Schiller's Tobak

Seit 1848, 64 Jahre alt

Gelegenheitskäufe

in einfachen sowie besseren Wohnungseinrichtungen und Einzelmöbel z. B.

Ein Speisezimmer schon nur für **M. 300,-**
Ein Schlaf- u. Herrenzimmer M. 300,-
 Kleiderschränke, Bücherschränke 57,-
 Sofa und Umbau

Große Auswahl / Bequeme Zahlungsbedingungen
MASER'S MÖBELSPEICHER nur
 Berlin, Löttinger Str. 74, 25, 26
 (Untergrundbahnhof Schönhauser Tor)

Süßige Getreide

Heißt uns!

Sie finden sie in unserem Süßigen Buche des Sumers.

Dasselbe enthält die feinsten Rezepte zu süßen, köstlichen und Günstigen. Sie werden Sie toll finden. Sie können überall folgende Verkaufsstellen befragen!

Dieses Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust und Ruhe und macht Sie zum beliebtesten Gesellschafter. Preis 1,50 Mark. Versandpostfrei. **Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig, Marschallstraße 27.**

Billige böhmische Bettfedern!

Ein kg. graue, geschliss. M. 3,-
 halbweiße M. 4,-, weiße M. 5,-
 best. M. 6,-, 7,-, damenweiße M. 8,-, 10,-, beste Sorte M. 12,-, 14,-, weiße ungeschliss. M. 7,50, 9,50, best. Sorte M. 11,-. Vorkauf portofrei, zollfrei gegen Nachn.

Muster frei. Umlauf u. Rücknahme gestattet.
 Benedikt Sachset, Lobes Nr. 266, b. Pilsen, Böhmen.

Kernfeste Menschen voll Kraft und Schmalz gibt Dr. Hübeners Lebenssaft

Schachtel 1.- Mk. in Apotheken u. Drogerien

Bettmässen

Befreiung sofort
 Alter und Geschlecht angeb.
 Inhaft unanfechtbar!

Institut Engländer,
 Nikolaus (2, 575), Nikolaus 16.

Uranium Saug- u. Pflanz- u. groß. Pharmazie, Industrie- u. Medizin, alle 25% Rabatte. 25 c.

Mienfong
 Essen vor. 12 fl. 10. 1.-
 Preis extra. 20 fl. 10. 6.-
 keine vom Schaden.

Lehrstuhl (P)
 A. Steinbring & Co.
 Berlin-Preussen Nr. 128.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

**Soeben erscheint
 in siebenter, neubearbeiteter Auflage**

MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände

Über 150.000 Artikel auf 20.000 Spalten Text, fast 5000 Abbildungen und Karten im Text, fast 500 z. T. farbige Bildtafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
Band I u. II kostet je 30 Mark, Band III 33 Mark

Sie beziehen das Werk
durch jede gute Buchhandlung
 und erhalten dort auch kostenfrei
 ausführliche Ankündigungen

Wiederholungsfragen

Wiederholungs-, Sprachapparate-Fabrikation. Niedrigste Fabrikpreise. Schallplatten M. 2.50. Ernst Heß, Nacht, 109, 1072, Klingenthal, Sa. 109. Großer Katalog gratis.

Lest die
Urania

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Sechensprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Rückblicke auf das Jahr 1925.

III. Unsere Organisation.

Wenn wir uns das Bild der politischen und wirtschaftlichen Lage der letzten Jahre vor Augen halten und bedenken, daß andere Organisationen infolge der niedergehenden Wirtschaftskurve einen sehr schweren Stand hatten, so können wir in diesem Zusammenhang von einem guten Fortschritt in unserer Verbandsstätigkeit berichten. Unsere Finanzen sind ferngesund. Wir haben bereits in Nr. 2 der „Gewerkschaft“ mit der Wiederveröffentlichung unseres vierteljährlichen Kassenberichts begonnen, um jedem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen. Der Prozeß der Organisation ist auch weiterhin gestiegen. Gewiß haben wir noch einige dunkle Grenzgebiete, so z. B. ist trotz unserer Kartellverträge noch immer nicht einwandfrei geklärt, wer die Straßenbahner organisieren soll. Der „Verkehrsbund“ hat trotz dieser Kartellverträge in seiner Presse wiederholt scharfe Polemiken gegen unsere Funktionäre losgelassen und auch die Reichsmanteltarifverhandlungen der Straßenbahn haben nicht gerade sehr erfreuliche Begleiterscheinungen gezeigt. Wir möchten unsere grundsätzliche Einstellung erneut betonen, daß alle in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten unserer Organisation angehören sollten und daß vermittlels der Kartellverträge, wie sie durch unseren Verbandstag geschaffen wurden, eine Verständigung mit den Organisationen zu treffen ist, die noch eine größere Anzahl von Mitgliedern in unserem Organisationsgebiet aufzuweisen haben. Das bezieht sich aber nicht nur auf den „Verkehrsbund“, sondern auch auf den Metallarbeiterverband; denn hier ist das große Gebiet der Elektroindustrie noch stark umstritten. Während wir Anspruch erheben auf die kommunalen, staatlichen und Reichs-Elektrizitätswerke, hat der Metallarbeiterverband nicht nur in einigen Privatelektrizitätswerken festen Fuß gefaßt, sondern auch einige Mitgliedschaften aufzuweisen in den von uns für zuständig gehaltenen Betrieben. Auch hier muß versucht werden, auf dem Wege des Kartellvertrages zu einer friedlichen Verständigung zu kommen, damit nicht die Unorganisierten das Feld behaupten können. Viel schwieriger ist die Situation zu bewerten in bezug auf den „Maschinen- und Heizerverband“. Wir können ihm eine Existenzberechtigung nicht zuerkennen. Der Wille unseres Verbandsrats ging dahin, daß von diesem Gesichtspunkte aus auch kein Kartellvertrag mit ihm abzuschließen sei. Trotzdem besitzt er in einigen Elektrizitätswerken noch eine Anzahl Mitgliedschaften. Es muß deswegen versucht werden, durch unsere Kollegenchaft selber hier eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen. Eine kleine hilflose Organisation, die in der Presse nur zu oft recht unfreundliche und unkollegiale Töne zum besten gibt, hat keinen Anspruch darauf, von uns mit Sammelhandschuhen angefaßt zu werden. Wir sind im allgemeinen Gegner

aller Pressepolemiken innerhalb der freien Gewerkschaften, können aber auf die Dauer nicht schweigen, wenn auf der anderen Seite falsche Darstellungen in gehässiger Form vom Stapel gelassen werden. Wir möchten uns auch heute mit diesen Andeutungen begnügen und erwarten von unseren Kollegen, daß sie alles daransetzen, um unser Organisationsgebiet entsprechend unserer grundsätzlichen Stellungnahme zu erweitern.

Bei den Krankenanstalten endlich ist zwar zum Teil wieder eine Besserung eingetreten. Trotzdem hat der Eifer der Vorjahre doch etwas nachgelassen und es muß dem energisch nachgeholfen werden. In den letzten Tagen des Dezember 1925 hat eine Reichsstaatskommission Stellung genommen zu einzelnen Fragen und es ist ein erfreuliches Einverständnis erzielt worden, die wichtigsten Fragen der obligatorischen Ausbildung nicht nur zu erörtern, sondern auch die Frage der Arbeitszeitregelung usw. in den Brennpunkt der Agitation zu stellen und alles zu tun, um die dunklen Stellen entsprechend zu beleuchten und den gegnerischen Organisationen, ob sie sich um Streiter scharren oder in der Berufsorganisation der Schwestern ihre Unterkunft suchen, in stärkerem Maße den Kampf anlagen. Auch hier kommt es in erster Linie darauf an, daß die Kollegen uns kräftig unterstützen. Denken wir z. B. insbesondere an die vielen Tausende von Schwestern, die erst durch die Maßnahmen unserer Organisation überhaupt dazu gelangt sind, die Prüfungsmöglichkeiten zu erlangen, und die alle Veranlassung haben, zu unserer Organisation zu stehen.

Ein besonders schwieriges Kapitel bedeutete im Jahre 1925 der „Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände“. Schon die Auseinandersetzungen bei den Reichsmanteltarifverhandlungen im ersten Quartal zeigen allerhand Merkwürdigkeiten auf. Aber Schlimmeres kam in der zweiten Hälfte des Jahres, als eine Auslegung der §§ 7 und 13 versucht wurde, die ungefähr wie die Faust aufs Auge paßte. Man wollte den Bezirken ein Entgegenkommen regelrecht untersagen und wo der Wlass der Sternberg-Stände nicht ausreichte, sollte der Zentralausschuß auch noch seine Handlangerdienste dazu hergeben. Wir konnten uns mit dieser unmöglichen Methode nicht abfinden und so entstand dann ein Konflikt, in welchem der Zentralausschuß durch die Schuld der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes fünf Monate lang lahmgelegt wurde. Durch Entscheidung des RVM. ist diese Angelegenheit beigelegt worden. Immerhin bleibt es ein unvergleichliches Dokument, daß man sich herausnahm, von uns eine Forderung von 1000.— M. auf dem Wege einer „einstweiligen Verfügung“ beizutreiben wegen „Tarifbruchs“. Aber was ist bei unseren ordentlichen Berichten nicht alles möglich! Immerhin wurde mit Hilfe des RVM. die Geschichte im Dezember 1925 wieder, ohne unsere Zahlung, eingerechnet.

Es kam im Anschluß daran ein recht sonderbarer Aufstuf, indem die Geschäftsstelle des Reichsarbeitgeberverbandes die Arbeitszeitfrage bereits im Dezember behandeln wollte. Auch diesen Angriff konnten wir erfolgreich abschlagen. Trotzdem ist aus Nr. 49/1925 der „Gewerkschaft“ zu ersehen, daß die Träume des Arbeitgeberverbandes für die neuen Tarifverhandlungen recht hochfliegend sind. Uns sind Zweifel gekommen, ob wir diese Forderungen überhaupt ernst nehmen sollen. Jedenfalls wird man ganz Erhebliches davon abstreichen müssen, wenn die Verhandlungen überhaupt einen Sinn haben sollen; denn eine Verschlechterung der sozialen Leistungen lassen wir uns unter gar keinen Umständen aufzwingen.

Wir haben im Jahre 1925 leider relativ häufig zu Grobstricks der Wirtschaftsbezirke greifen müssen, um zum Erlöse zu kommen, da weder die Bezirkschiedsinstanzen, noch der Zentralausschuß in seiner Mehrheit rechtzeitig zu der notwendigen Einsicht über die Notlage unserer Kollegen gekommen war. Dort, wo wir uns auf dem Wege des Kampfes nicht durchsetzen konnten und auch die Verhandlungen nicht zum Ziele führten, wie z. B. in Ostpreußen, zum Teil auch in Berlin, sind wir in den Lohnverhältnissen erheblich zurückgeblieben. Es ist kennzeichnend für die falsche Einstellung einer Stadtverwaltung wie Königsberg, daß dort nicht nur schlechte Löhne und längere Arbeitszeit, sondern auch höchste Prestarife vorhanden sind. Alle Behauptungen unserer bekannten Syndizi liegen auf derselben Linie über die Gesundung der Volkswirtschaft auf dem Wege einer längeren Arbeitszeit, niedriger Löhne und geringerer sozialer Leistungen. Sie sind durch den Laibstand von Königsberg glatt widerlegt worden. Wir glauben, daß die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen die ja zeitweilig eine bürgerlich-politische Frage bedeuten und mit einer ausgesprochenen Entkommunalisierungstendenz verquickt wurden, durchaus nicht so glänzende Resultate für die Stadtverwaltung geliefert haben. Wohl hat eine Anzahl Direktoren auf diese Weise ein mehr als auskömmliches Einkommen, das im Rahmen der städtischen Kontrolle sicher nicht in der Höhe wie in der Mannigfaltigkeit hätte bewilligt werden können! Hier nach dem rechten zu sehen und wieder eine sinn-gemäße Umgestaltung vorzunehmen, muß Aufgabe einer gesunden Kommunalpolitik sein. Im Notfalle muß unsere Gesamtorganisation mit aller Energie an solchen Stellen nachhelfen, wo das, wie in Ostpreußen, nicht recht verstanden werden sollte.

Unser Bestreben im neuen Jahr muß sein, den Achtstundentag wieder für alle Gemeinde- und Staatsarbeiter durchzusetzen. Wir haben also noch für 25 bis 30 Proz. unserer Kollegen eine schwere Arbeit vor uns. Wir erwähnten schon, daß die Elektroindustrie unsere besondere Aufmerksamkeit verdient, wie wir überhaupt die Fachgruppenbildung planmäßig auszubauen im Begriffe sind. Der Kollege Dr. Loopp hat hier den besonderen Auftrag, für die GEB-Werte die Agitation zu entfalten.

Dem Gesundheitswesen ist vom 1. Januar 1926 ab der Kollege Kurpat zugeteilt worden, so daß auch hier eine stärkere Berücksichtigung in der Agitation usw. vor sich gehen kann. Es kommt noch hinzu, daß im Herbst in Düsseldorf die „Gesolei“ stattfindet. Im Anschluß soll eine Reichskonferenz „Gesundheitswesen“ abgehalten werden.

Von den Staatsarbeitern wäre manches weniger Gute zu berichten. Jedoch sind in der „Gewerkschaft“ wiederholt Einzelheiten von dem Kollegen Stetter über die Schwierigkeiten und Hemmnisse in der Lohnentwicklung berichtet worden. Der jetzige Zustand kann auf die Dauer natürlich nicht bestehen bleiben, daß die Reichs- und Staatsarbeiter indirekt mit ihren geringeren Löhnen ausgespielt werden gegenüber den Bezirksverhandlungen der Gemeindefarbeiter. Eine besondere Konferenz der Staatsarbeiter soll im Frühjahr vor sich gehen. Es muß dann versucht werden, neue Wege bei den Beratungen durchzusetzen, um bessere Resultate zu erreichen.

Für unsere Beamten wurde am 1. April 1925 eine besondere Reichsaktion geschaffen, deren Sekretär bislang der Kollege Kurpat war.

Die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, Fachgruppe I (RDK. I) sind kurz vor Neujahr erfolgt und sind zurzeit noch im Gange, während die Verhandlungen mit der Feuerwehr vorerst gescheitert sind. Er fragt sich, welche Stellungnahme der Verbandstag der Feuerwehr im Juni 1926 einnehmen wird. Unsere weiteren Entschlüsse müssen wir auch von dieser Lagung abhängig machen.

Das Jahr 1925 war für uns besonders charakteristisch durch unseren Verbandstag in Frankfurt a. M., der einen geschlossenen einheitlichen Charakter trug und wohl einer der besten Verbandstage unserer Organisation gewesen ist. Vom 12. bis 15. Dezember 1925 fand unsere 7. Internationale Konferenz in Berlin statt, über die wir erst kürzlich in der „Gewerkschaft“ berichtet haben. Auch diese hatte einen glänzenden äußeren wie inneren Verlauf.

Von unserer Presse wäre noch zu sagen, daß sie auch im neuen Jahre sich wiederum erweitern konnte. Die neugeschaffene Rubrik „Für unsere Frauen“ 1925 hat sich gut bewährt. Der neue Jahrgang 1926 brachte bereits in Nr. 1 wiederum eine neue: „Unsere Jugend“. Dabei soll, wie schon bekanntgegeben, nicht nur für diejenigen Filialen Material und Aufklärung geschaffen werden, die jugendliche organisatorisch besonders betreuen, sondern auch für den Nachwuchs unserer Kollegen sollen Anregungen geschaffen werden, die im Kreise der Familie entsprechende Auswirkung auslösen können; denn es ist nach unseren Erfahrungen und Auffassungen notwendig, daß unsere Gewerkschaftspresse ein Spiegelbild gibt des Arbeiterlebens überhaupt. Darum möchten wir wünschen, daß die zahlreichen Aufsätze und Artikel über kulturelle und Wirtschaftsfragen auch im Kreise der Familie unserer Kollegen die entsprechende Beachtung finden. Unsere Fachzeitschriften „Sanitätswarte“ und „Technik und Wirtschaft“ haben sich gut bewährt und der umfangreiche Mitarbeiterstab bürgt dafür, daß auch hier die mannigfaltigsten Interessen unserer Kollegenschaft wahrgenommen werden können.

Anfang Februar wird der neue Bildungsfretär, Kollege Hartig-Weipzig, sein Amt antreten. Es ist nun Aufgabe der Filialverwaltungen und Funktionäre, ihm mit Material und Unterstützung an die Hand zu gehen, damit die Durchbildung unserer Kollegenschaft noch planmäßiger und systematischer durchgeführt werden kann.

Wenn unsere Kollegen auch im Laufe des letzten Jahres manche Enttäuschung erlebten und nicht alle ihre Wünsche in Erfüllung gehen konnten, darf doch mit Recht gesagt werden, daß unsere Gewerkschaftsorganisation große Leistungen vollbracht hat. Sie hat nicht nur im Rahmen dessen, was möglich schien, für den kulturellen Aufstieg unserer Kollegenschaft gesorgt, sondern sie ist auch dank der ungeheuren Kleinarbeit hunderter Verbandsfunktionäre, dank des inneren Zusammenhalts der Kollegenschaft, dank der immer geringer werdenden Fluktuation dahin gekommen, daß wir mit unseren 200 700 Mitgliedern stark und selbstbewußt auftreten können, auch dem starken Arbeitgeberverband gegenüber.

Aber auch im Kongress der deutschen Gewerkschaften haben wir ein wichtiges Wort mitzureden. In bezug auf innere Geschlossenheit, finanzielle Schlagkraft, Kampfesmut sind wir gewillt, die Pionierarbeit fortzusetzen, zu der wir besonders auf dem Gebiete des Soziallohns, wie überhaupt der sozialen Einrichtungen bestimmt sind infolge der besonderen Eigenart der Gemeinde- und Staatsbetriebe. Unser Programm, Gemeinde- und Staatsbetriebe nicht nur wirtschaftlich, sondern auch vom Standpunkt der Arbeiterkraft aus mustergültig zu gestalten, bleibt auch im neuen Jahre bestehen. Daran kräftig mitzuwirken ist unser Neujahrswunsch für alle Mitglieder unseres Verbandes. E. D.

Der Kampf gegen die Sozialversicherung.

Es ist eigentlich Selbstverständlichkeit, daß eine so große und umfassende Einrichtung wie die Sozialversicherung auch ihre Feinde und Widersacher hat. Die Sozialversicherung in ihrer heutigen Ausdehnung wird von vielen Seiten heftig bekämpft. Vor allen Dingen führen die Arbeitgeber und ihre Verbände immer wieder ins Feld, daß die Beiträge der deutschen Arbeiter- und Angestelltenversicherung die Wirtschaft zu sehr belasten. Die deutsche Wirtschaft sei deshalb nicht leistungs- und konkurrenzfähig, und was dergleichen Schlagworte mehr sind. Da die Arbeitgeber auf diese Weise eine starke Propaganda gegen die Sozialversicherung aufziehen, müssen wir uns an dieser Stelle ebenfalls mit diesen Anwürfen beschäftigen.

Den Kampf gegen die „übermäßige Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialabgaben“ führen die Arbeitgeber neuerdings wieder mit besonderer Heftigkeit. Bei allen Gelegenheiten, in Versammlungen, auf Tagungen, durch die Presse usw., versuchen sie ihren Mitmenschen klar zu machen, daß ihre dem Zustand gegenüber entschuldene Konkurrenzfähigkeit nur auf die überaus hohen sozialen Abgaben zurückzuführen sei. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen, den wir schon erwähnt haben, hat diese direkt falschen Angaben der Arbeitgeber bereits wiederholt richtiggestellt und widerlegt. Auch die Regierung sah sich endlich genötigt, dem Treiben der Arbeitgeber ein Ende zu machen. Im „Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 24/1924 und Nr. 2/1925) werden die Angaben der Arbeitgeber an Hand von einwandfreien statistischen Unterlagen auf das Treffendste widerlegt. Trotz dieser wiederholten Richtigstellungen lassen die Arbeitgeber immer noch keine Ruhe. Die Ende September 1925 eingetretene Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung gab ihnen willkommene Gelegenheit, ihr Kriegsheil wieder auszugraben. Die allgemeine Last der Sozialversicherung betrug nach den Aufstellungen des Reichsarbeitsministeriums (das durchaus arbeitgeberfreundlich ist) im Jahre 1913 rund 1102 Millionen Mark für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen. Im Jahre 1924 betrug diese Zahl rund 1300 Millionen Mark. Diese 200 Millionen Mark Mehrbetrag verteilen sich auf die Versicherenden mit 160 Millionen Mark und auf die Arbeitgeber mit nur 40 Millionen Mark. Bei den Arbeitnehmern macht diese Mehrbelastung ungefähr 27 1/2 Prozent aus, hält also vollkommen Stand mit der Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten nach den amtlichen Rezhziffern. Für die Arbeitgeber dagegen macht die Mehrbelastung nur 6,5 Proz. aus. Mit diesen 6,5 Proz. begründen die Arbeitgeber ihre unbedachtig hohen Ansprüche sozialer Lasten bei ihren Preisaufstellungen.

Die Belastung infolge der Sozialabgaben beträgt für einen gewerblichen Sacharbeiter in Berlin:

a) für den Arbeitnehmer:

Stundenlohn	Anzahl der Stunden	Wochenlohn	Stammlohnbeitrag	Invalidenbeitrag	Erwerbslosenbeitrag	Umsatzsteuerbeitrag	Summe d. Sozialabgaben	Wette Boden	Soziallasten in Proz. d. Lohnes
1,45	29,2	42,08	1,40	0,70	0,70	0,20	3,00	2,10	4,90

b) für den Arbeitgeber:

Wochenlohn	Stammlohnbeitrag	Invalidenbeiträge	Erwerbslosenbeiträge	Umsatzsteuerbeitrag	Umsatzsteuerbeitrag	Summe der sozialen Abgaben	Prozentanteil vom Arbeitslohn
42,08	1,40	0,70	0,70	0,20	0,20	3,00	7,1

Es ergibt sich also aus diesem kleinen Beispiel, daß die Belastung für den Arbeitnehmer nur 6,5 Proz. des Wochenlohnes ausmacht. Für den Arbeitgeber ist sie noch niedriger und beträgt nur 5,6 Proz. Bei diesen Ziffern sind die neuen Beiträge zur Invalidenversicherung schon berücksichtigt. Diese Zahlen, die einwandfrei feststehen und die im Reichsarbeitsblatt nach amtlichem Material berechnet sind, reichen nicht im entferntesten an die von den Gegnern veröffentlichten Abzüge heran. Die vom Hauptverband deutscher Krankenkassen errechneten Ziffern sind fast gleichlautend.

Die Arbeitgeber scheinen bei ihren Bemerkungen stets zu vergessen, daß ihre ausständlichen Konkurrenten ebenfalls durch derartige Abgaben „belastet“ sind. In vielen Fällen sind diese Abgaben im Ausland noch viel höher. Weiter muß berücksichtigt werden, daß die Ausgaben der Sozialversicherung gegenüber der Vorkriegszeit sehr gewachsen sind. Wochenhilfe, Erwerbslosenfürsorge usw. sind Dinge, die wir vor dem Kriege gar nicht oder nicht in dem heutigen Maße kannten. Es wird und muß jedoch jedem Menschen einleuchten, daß eine geregelte Wirtschaftsführung heutzutage ohne diese Neuerungen gar nicht durchführbar ist. Hinzu kommt noch, daß der Stand der Volksgesundheit durch die Kriegs- und nachfolgenden Inflationsjahre in geradezu erschreckender Weise gesunken

ist. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß man hier helfend eingreifen muß. Gerade die Arbeitgeber, die ja sonst immer national sind und das Glück ihres Vaterlandes über alles stellen, müssen ihre Hand zu diesem guten Zwecke freigiebig öffnen. Es liegt doch nur in ihrem eigensten Interesse, einen gesunden, leistungs- und widerstandsfähigen Arbeiterstamm zu haben. Dies müßte von den Arbeitgebern, die doch sonst so gute Kalkulanten sein wollen, eingesehen werden. Ein gesunder Arbeiter ist doch für die Produktion und überhaupt für die ganze Nation wertvoller als ein kranker! Man kann ruhig behaupten, daß die sozialen Abgaben noch viel zu niedrig sind. Daß die Beiträge usw. heute ebenso wie alle anderen Dinge gestiegen sind, ist eine Selbstverständlichkeit, über die man eigentlich gar nicht zu sprechen braucht. Wenn alle Waren usw. teurer werden, können die sozialen Versicherungen ihre Vorkriegspreise ebenfalls nicht halten. Nach den angestellten Ermittlungen und statistischen Feststellungen bleibt das Beitragsaufkommen in der Sozialversicherung im Jahre 1924 hinter dem des Jahres 1913 zurück. Wenn also auch die Beiträge gestiegen sind, wie jede andere Sache, so sind sie doch prozentual nicht viel höher, wie in Vorkriegszeiten. Eine geringe Erhöhung ist unstreitbar eingetreten. Diese ist jedoch begründet und verursacht durch die neu eingeführten Versicherungswege und Mehrleistungen. Hierzu gehört vor allen Dingen auch die Versorgung unserer Kriegsbeschädigten mit ärztlicher Hilfe und Arznei, die den Krankenkassen zum großen Teil aufgetragen ist und für die sie vom Reich nur eine teilweise Entschädigung erhalten. Wenn die Arbeitgeber über die hohen Beiträge murren, sollen sie nie vergessen, daß sie auch ihren Teil zur Versorgung der Kriegsopter tragen müssen. Viele Versicherungsträger verfügen heute über eine geringere Beitragseinnahme wie in Friedenszeiten. Dies kommt durch die große Zahl der heute arbeitslosen Kassenmitglieder und durch die oft nicht gerade glänzende Entlohnung der übrigen Mitglieder. Die Erwerbslosen sind, obgleich sie die niedrigsten Beiträge zahlen, im Erhalt der Leistungen den anderen Mitgliedern vollkommen gleichgestellt. Durch die vielen Kurzarbeiten und Freierfichten werden die Beitragsengänge weiter vermindert. Die Versicherungsträger haben aber außerdem ebenso wie die Arbeitgeber unter dem allgemeinen Geldmangel zu leiden. Sehr viele Beiträge werden von den Arbeitgebern verspätet oder teilweise überhaupt nicht abgeliefert. Die sich hierdurch nötig machenden Zwangsmaßnahmen erhöhen selbstverständlich die Verwaltungskosten. Oft ist trotz aller Maßnahmen kein Geld zu bekommen. Bei sehr vielen Versicherungsträgern haben sich aus diesen Gründen trotz der ziffernmäßig höheren Beitragsätze die Beitragseinnahmen gegen früher vermindert. Die Ausgaben sind im Gegensatz hierzu nach den Feststellungen des Reichsarbeitsministeriums um 50 Proz. gegen früher gestiegen. Die Lieferanten der Versicherungsträger, die doch Arbeitgeber sind, dürften, wenn sie ihre Forderung auf Friedenshöhe der Versicherungsbeiträge begründen und durchsetzen wollten, auch nur den Versicherungsträgern Friedenspreise in Rechnung stellen. In der Vorkriegszeit betrug der Beitragsatz in der Krankenversicherung durchschnittlich 4 Proz. des Grundlohnes und heute 6 Proz. Sie sind also rund ein Drittel höher wie früher. Diese Steigerung paßt sich nur in den Rahmen der allgemeinen Preissteigerung ein. Es ist vollkommen unerschöpflich, wenn man nur eine Sache herausgreift und auf deren Erhöhung schimpft, während doch jedes Ding im Preis gestiegen ist, oft noch in höherem Maße als die Beiträge zur Sozialversicherung.

Der als besonders eifriger Gegner der Sozialversicherung bekannte Generaldirektor Dr. Blatzfel gibt die Belastung der Wirtschaft für das Jahr 1925 mit 2247 Millionen an. Wie leichtfertig diese Zahl zusammengestellt kein mag, kann man erkennen, wenn man die im Reichsarbeitsblatt genannte Summe von 1600 Millionen Mark für die gleiche Zeit gegenüberstellt. Wenn man auch für die erhöhten Invalidenbeiträge noch eine Summe zu diesen 1600 Millionen zuzählt, kommen noch lange keine 2247 Millionen heraus. Die Arbeitgeber gehen, wie Herr Ministerialdirektor Grieser ausführt, von einer ganz falschen Berechnung aus. Die Beiträge für die Sozialversicherung werden nicht für Kalenderwochen gezahlt. Man muß hier die Krankheitswochen abrechnen. Die Krankenkassen haben im Jahre 1924 für 30 Millionen Krankheitswochen Unterstützung gezahlt. Diese 30 Millionen Wochen legen die Beiträge für die Sozialversicherung nicht nur in der Kranken-, sondern auch in der Invalidenversicherung ganz erheblich herab. Nach der Beitragsleistung in der Invalidenversicherung entfallen auf einen Versicherten im Jahre nur 35,5 Beschäftigungswochen. Die Arbeiter sind nämlich auch manchmal arbeitslos und arbeiten nicht in voller

Zahl das ganze Jahr hindurch, wie es von den Arbeitgebern in ihren Statistiken angenommen wird.

Aus diesen wenigen Beispielen, die man noch erweitern könnte, kann man ersehen, daß die Arbeitgeber mit ihren Behauptungen nicht weiter können, wenn man ihnen richtige Zahlen vor Augen hält. Die Beitragserhöhung der Invalidenversicherung wird praktisch von keiner großen Bedeutung sein und die Wirtschaft gar nicht belasten. Man muß mit im Winter eintretenden stärkeren Arbeitslosigkeit rechnen, es wird dadurch keine Mehreinnahme in der Invalidenversicherung und damit auch keine Mehrbelastung eintreten. Es wird endlich Zeit, daß die Arbeitgeber mit ihren vollkommen unfruchtbarsten Behauptungen einmal aufhören. Die Sozialversicherung liegt nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern zum eben so großen Teil im Interesse der Arbeitgeber. Das müßten sie sich bei einiger Ueberlegung selbst sagen. Dies können sie aber nur, wenn sie in den Grundgedanken der Sozialversicherung etwas eindringen und nicht nur von heute auf morgen jeweilig nach der Lage ihres Geldbeutels denken. Die Sozialversicherung ist kein „Luxus“, den sich das deutsche Volk in so schweren Zeiten nicht leisten kann, wie die Arbeitgeber behaupten, sondern leider bittere Notwendigkeit. Warum sind denn die ausländischen Arbeitgeber konkurrenzfähig, obgleich sie die gleichen Lasten aufgebürdet haben? Weil sie vernünftig kalkulieren und den geringen Umsatz usw. nicht wie die deutschen Arbeitgeber auf die Soziallasten schieben. Aber ein Prügeljunge muß eben da sein. Die deutschen Arbeitgeber haben sich dazu die Sozialversicherung ausgesucht. Die mit der Ausführung der Sozialversicherung beruflich oder ehrenamtlich betrauten Personen haben die Pflicht und Schuldigkeit, den Behauptungen der Arbeitgeber bei jeder Gelegenheit entgegenzutreten. Dies wird ihnen ein leichtes sein.

Ärzte und Krankenkassen.

Wohl eines der schwierigsten Probleme, wenn nicht gar das schwierigste der Sozialversicherung, ist die Arztfrage. Hauptsächlich die Krankenkassen haben darunter sehr zu leiden und zu kämpfen. Man kann ruhig sagen, daß eine große Zahl Ärzte der Krankenversicherung nicht sympathisch gegenübersehen, da sie durch die Kassenmitglieder eine große Zahl Privatspatienten einbüßen, denen sie höhere Sätze für Behandlung in Anspruch bringen können, wie den Krankenkassen, die doch in dieser Beziehung Großabnehmer der Ärzte sind. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung haben die Krankenkassen ihren Mitgliedern neben den anderen Leistungen noch freie ärztliche Behandlung zu gewähren. Zur Erfüllung dieser Pflicht müssen sie mit Ärzten in Verbindung und in Vertragsverhältnisse treten. Schon seit Bestehen der Krankenversicherung versuchen die Ärzte und ihre Organisationen, die sehr gut ausgebaut sind, für die Behandlung der Kassenmitglieder möglichst hohe Honorare zu erhalten. Dieser Kampf, und ein solcher ist es wirklich, tobt oft mit solcher Heftigkeit, daß die Ärzte die Behandlung der Kassenmitglieder ablehnten. Wir hatten da dieselben Zustände, wie bei einem Streit der Arbeiter um höhere Entlohnung. Die Ärzte verlangen in diesen Fällen von allen Kassenmitgliedern Bezahlung. Je mehr die Krankenversicherung ausgebaut wird und der Versicherungskreis erweitert wird, desto schärfer wird der Kampf der Ärzte. Durch jede Einbeziehung einer weiteren Bevölkerungsschicht in die Krankenversicherung wird die Zahl ihrer Privatspatienten geringer, und damit verringern sich naturgemäß die Einnahmen.

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung wird das Verhältnis zwischen Ärzten und Kassen bei jeder Kasse durch einen schriftlichen Vertrag geregelt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die durch diesen Vertrag entstehen, sind besondere Schiedsgerichte auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gebildet. (Vertragsausschüsse, Schiedsämter, Landesausschüsse, Reichsausschuß usw.) Die Bezahlung der Ärzte erfolgt in Preußen und den meisten der übrigen Bundesstaaten nach den Sätzen der preussischen Gebührenordnung. Diese Gebührenordnung ist soviel wie eine Preisliste für ärztliche Tätigkeiten. Die Gebührenordnung hat für jede ärztliche Tätigkeit Mindest- und Höchstpreise festgesetzt. Die Kassen bezahlen die Ärzte nach den Mindestleistungen dieser Gebührenordnung. Das Bestreben der Ärzte geht dahin, die Bezahlung möglichst reichlich zu bekommen. Nach den neuesten Feststellungen geben fast alle Kassen allein für die ärztliche Behandlung rund 25 Proz. ihrer Beitragseinnahmen aus. Dies ist natürlich viel zu hoch. Mit was sollen denn da die anderen Leistungen bestritten werden? Von den Ärzten wird stets die Notlage ihres Berufes in den Vordergrund gerückt. Wir können ruhig behaupten und auch beweisen, daß von dieser Notlage wirklich nichts zu spüren ist. Es wäre herrlich, wenn jeder Akademiker so bezahlt würde wie die Kassenärzte. Die von den Versicherten schwer

genug ausgebrachten Kassenbeiträge sind jedenfalls auf keinen Fall dazu da, den Ärzten in Form von Honorar in überreichlichem Maße wieder zuzufließen. Das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen war und ist wegen dieser Streitigkeiten ein sehr gespanntes.

Ähnlich verhält es sich mit vielen anderen Lieferanten der Krankenkassen. Die Apothekenbesitzer stehen in vielen Fällen den Ortskrankenkassen auch nicht gerade sympathisch gegenüber. Die Ortskrankenkassen sind größtenteils dazu übergegangen, Verbandmaterial, Bandagen usw. selbst an ihre Mitglieder abzugeben. Sie sparen dadurch bedeutende Summen. Den Apothekenbesitzern sind diese „Selbstabgabestellen“ natürlich ein Dorn im Auge, da durch diese ihre Einnahmen geschmälert werden. Ähnlich ist es an vielen Orten mit den Optikern, den Badeanstaltsbesitzern usw. Die Krankenkassen gehen immer mehr dazu über, durch Eigenbetriebe und durch Selbstverforgung den Zwischenhandel auszuschalten und dadurch ihre Mitglieder billiger und besser beliefern zu können. Fast jede größere und mittlere Ortskrankenkasse hat heute eigene Zahnklinik, Badeanstalt, Krankentransportmittel usw. Große Kassen und Kassenverbände verfügen über eigene Genesungsheime, Sanatorien usw.

Durch die ewigen Streitigkeiten mit den Ärzten sah sich auch ein Teil der Kassen veranlaßt, fest besoldete Ärzte anzustellen. Dadurch sparen die Kassen nicht nur Geld, es wird den Mitgliedern auch schneller und bessere ärztliche Hilfe geleistet. Die Berliner Ortskrankenkasse hat beispielsweise in fast allen Stadtteilen ärztliche Beratungsstellen und Untersuchungsstellen, in denen fest angestellte Ärzte tätig sind. Die Kassen haben mit diesen Einrichtungen sehr gute Erfahrungen gemacht, die Mitglieder besuchen sehr gern und oft diese Anstalten. Den Kassenärzten sind diese Ambulatorien natürlich nicht gerade angenehm, da sie in ihnen eine gefährliche Konkurrenz wittern.

F. R. Leis.

Sozialpolitik und Menschenökonomie.

Wer in der sozialpolitischen Praxis zu Hause ist oder die sozialpolitischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte aufmerksam verfolgt hat, weiß, wie stark gerade Weltanschauungsfragen, vor allem die politische oder religiöse Einstellung, die letzten Entscheidungen hier beeinflussten. Wir brauchen nur an die sog. „aristokratische Kulturauffassung“ zu erinnern, die sich nicht nur viele Unternehmer, sondern auch die höhere Beamtenschaft zu eigen gemacht hatten, und die die Meinung vertritt, daß es keineswegs die Aufgabe der Gesellschaft sei, alle Menschen zum Genuß aller Güter der Kultur heranzuziehen, und daß alle Bestrebungen zur Hebung der Volkskultur eine unangebrachte, den Gesetzen des Descendenzkampfes widersprechende „humanitäre Duselei“ darstellten, die einer solchen „gleichmacherischen“ Tendenz entsprossen sei. Es ist nicht so leicht und einfach, diese Weltanschauung wirkungsvoll zu bekämpfen, und man muß schon sehr tief ins Soziologische und Philosophische hineinseigen, wenn man die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes nachweisen will. Es ist nun des Wiener Soziologen A. Goldscheid großes Verdienst, durch seine Lehre von der Menschenökonomie die Notwendigkeit einer großzügigen Volkskultur und aller daraus sich ergebenden sozialpolitischen Maßnahmen und Forderungen so nachgewiesen zu haben, daß sie von jedem vernünftigen Menschen, welchen Weltanschauungsstandpunkt er auch sonst einnimmt, einfach als wirtschaftliche Notwendigkeiten erkannt werden müssen. Durch seine Lehre von der Menschenökonomie hat er der Sozialpolitik den wissenschaftlichen Unterbau gegeben, der ihr bisher fehlte. Durch diesen Unterbau ist es erst möglich, die Diskussion über sozialpolitische Maßnahmen und Forderungen vom ethisch-politischen Niveau, auf dem sie sich bisher vorwiegend abspielten, auf das Niveau exakt-ökonomischer Denkmuster zu heben und damit die Annahme resp. Ablehnung bestimmter sozialpolitischer Forderungen von subjektiven (von Weltanschauung, religiöser oder politischem Bekenntnis beeinflussten) Ueberzeugungen unabhängig zu machen.

Was ist nun das Neue an der Lehre von der Menschenökonomie? Was heißt überhaupt Menschenökonomie?

Theoretisch und praktisch haben wir bisher nur Güterökonomie getrieben, d. h. all unser wirtschaftliches Denken und Handeln war lediglich bestimmt durch Feststellungen, die man bei der Bewirtschaftung der von den Menschen geschaffenen resp. gebrauchten Güter tatsächlich oder vermeintlich gemacht hatte. Die Wirtschaftswissenschaft war reine Güterwirtschaftslehre. Sie untersuchte den Charakter der Warenproduktion, die Gesetze des Warenaustausches, die Funktionen des Geldes, seine Umwandlung in Kapital, die Gesetze der Preisbildung; sie fragte, was Tauschwert und Mehrwert sei, studierte das Lohnproblem, aber dieses nur in seiner Bedeutung für die Warenwirtschaft; nirgends — auch bei den sozialistischen Rationalen Konomen nicht — finden wir

eine andere Einstellung den Wirtschaftsproblemen gegenüber als die Güterwirtschaftliche.

Der Mensch selbst wurde immer nur als Subjekt der Wirtschaft, als Wirtschaftender betrachtet, niemand dachte daran, ihn selbst, der doch die eigentliche wertschöpfende Kraft, also das wichtigste Produktionsmittel ist, auch einmal als Objekt der Wirtschaft anzusehen und einmal zu fragen, wie wir denn eigentlich mit unserem Menschenmaterial wirtschaften, ob wir mit unserem organischen Kapital, unserem wertvollsten Besitz, ebenso wirtschaftlich umzugehen wissen, wie mit unserem Boden-, Industrie- und Finanzkapital.

Rudolf Goldscheid hat diese Frage zum ersten Male gestellt und damit die neue Wissenschaft von der Menschenökonomie begründet. Er sah zugleich als die eigentliche Nationalökonomie, d. h. die Ökonomie der Nation, als die Wirtschaft am Volke, die wahre Volkswirtschaft erweist. Was sich bisher so benannte, war Güterwirtschaft, nicht Volkswirtschaft, noch dazu meist vom Standpunkte der Privatwirtschaft behandelt. Dadurch, daß alle Wirtschaft bisher rein güterökonomisch orientiert war, ist man nicht nur zu falschen theoretischen Festlegungen, sondern auch zu einer geradezu unmenslichen Wirtschaftspraxis gelangt, indem man lediglich auf Steigerung der Güterproduktion achtete und sich gar nicht klar machte, unter welcher entsetzlichen Aufwand von Menschengeundheit, Menschenleben und Menschenglück dieses Ziel erreicht wurde, mit welchem ungeheurem Menschenverbrauch wir unsere jeweiligen wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften bezahlten.

Unsere Menschenwirtschaft ist Raubbau im schlimmsten Form. Wir verfahren mit unserem Menschenmaterial genau so unvernünftig wie ein Fabrikant, der nichts für die Instandhaltung und Verbesserung seines Betriebes ausgibt und seine Maschinen überlastet, oder wie ein Gutsbesitzer, der seine Arbeitstiere schlecht pflegt und dabei fortgesetzt überanstrengt, oder der die Früchte schon erntet, ehe sie reif sind. Während wir mit allen Gütern sparsam umgehen, wird der Mensch als ein leer überflüssiges vorhandenes Gut angesehen, mit dem man nicht wirtschaftlich umzugehen braucht. Es ist deshalb notwendig — und das ist eine der Hauptaufgaben der Menschenökonomie —, den hohen wirtschaftlichen Wert des menschlichen Individuums nachzuweisen. Dadurch liefert die Menschenökonomie die ersten Grundlagen für eine richtige Verwaltung der menschlichen Arbeitskräfte, des organischen Kapitals der Gesellschaft, und die Sozialpolitik ist nichts anderes als die planvolle Anwendung der Ergebnisse menschenökonomischer Forschung. Richtige Sozialpolitik ist nach Goldscheid „Produktionspolitik, weil sie durch Einschränkung der Ausbeutung zugunsten besserer Ausnutzung die indirekten Kosten, die bei der Mehrwertgewinnung entstehen, zu mindern strebt“. Weil der Sozialpolitik die exakte menschenökonomische Grundlage noch fehlt, ist sie in theoretischer Hinsicht noch von unkontrollierbaren Weltanschauungseinflüssen bestimmt und in praktischer Hinsicht vielfach gezwungen, die Uebel in ihren Wirkungen statt in ihren Ursachen zu bekämpfen.

Die Sozialpolitik ist eben keine Sache der Böhnhütigkeit, die man ganz nach Belieben gutheissen oder ablehnen kann, noch der Ausfluß einer rührseligen Mitleidsmoral oder einer verschwom-

menen Sozialmetaphysik, sondern eine notwendige wirtschaftliche Maßnahme, die wie kein anderes Mittel die Produktivität zu steigern geeignet ist. Sie bedeutet also geradezu eine wirtschaftliche Betriebsverbesserung; denn sie sorgt dafür, daß mit geringerem Kräfteverbrauch ein höherer Nugeffekt erzielt wird. Die Ausgaben für Sozialpolitik sind deshalb auch nicht, wie das die Unternehmer fälschlicherweise tun, aus den Wohlfahrtsfonds, sondern aus den Betriebsfonds zu überschreiben; denn die sozialpolitischen Maßnahmen bilden eine notwendige Voraussetzung für die Steigerung der menschlichen Arbeitsfähigkeit.

Die heutige Sozialpolitik natürlich ist völlig unzureichend und unökonomisch. Sie kann die sozialen Uebel auch beim größten Kraftaufwand nicht beseitigen, weil sie nicht nur meist zu spät und mit untauglichen Mitteln einsetzt, sondern vor allem, weil ihr die menschenökonomische Fundierung fehlt.

Das Problem der Arbeitsverkürzung wird z. B. immer nur unter Zugrundelegung der Frage behandelt, wie durch Steigerung der Arbeitsintensität ein Ertragsausfall verhindert werden kann, also unter rein güterökonomischem Gesichtspunkte betrachtet. Es ist aber allein unter dem Gesichtspunkte der Menschenökonomie, das heißt, der Feststellung, wie und inwieweit die Verkürzung der Arbeitszeit die Abnutzung des Organismus verlangsamt, erfolgreich zu untersuchen. Nur so darf die Frage vom Standpunkte der gesellschaftlichen Produktivität gestellt werden. Der gleichbleibende höhere Ertrag nützt ja gar nichts, wenn die Leistungsfähigkeit des Menschen so rasch verbraucht und entwertet wird, daß dadurch die Anzahl der durch die Gesellschaft zu versorgenden Kranken, Invaliden usw. so hoch steigt, daß die Ausgaben für diese weit höher sind als das, was der Einzelunternehmer gewinnt. Eine Zusammenstellung darüber, was uns die zahllosen Gewerbetrankeheiten, die unhygienischen Arbeitsbedingungen, die vorzeitige Erschöpfung der Frauenkräfte, die billige Kinderarbeit und so weiter an öffentlichen Ausgaben kosten, zeigt das unerhöht ökonomische in der Arbeitsweise der heutigen Gesellschaft, zeigt zugleich die außerordentlich teuer bezahlte Scheinproduktivität unserer heutigen Wirtschaftsweise.

Die menschliche Arbeitskraft ist eben kein unerschöpfliches Gut, und sie verlangt, wie jedes andere Gut, eine vernünftige Bewirtschaftung. Diese zu schaffen, ist eine der Hauptaufgaben einer planvollen Sozialpolitik, die in der Menschenökonomie ihr unangreifbares wissenschaftliches Fundament hat.

Es war ja einer der folgenschwersten Denkfehler, daß man glaubte, wo Forderungen auftreten, die sich auf Menschen bezogen, handle es sich einzig und allein um stilkche Postulate. Die Menschenökonomie zeigt uns nun, daß es sich dabei um sozial wirtschaftliche Forderungen handelt, und daß die Sozialpolitik eine sozialökonomische Notwendigkeit ist. Damit haben wir aber eine von subjektiven Meinungen unabhängige, streng wissenschaftlich fundierte Basis für die Erörterung sozialpolitischer Probleme gewonnen. Man kann sie nun nicht mehr als Ausfluß einer unangenehm gebrachten „Humanitätsduselei“ abtun, sondern muß schon wirtschaftliche Gründe ins Feld führen, wenn man sie wissenschaftlich be-

Nach Amerika.

II.

Doch was war das? Durch ein in regelmäßigen Rhythmus wiederkehrendes Gepolter werde ich munter. Ich mache Licht. Es ist 1 Uhr nachts. Ich habe den Eindruck, daß irgendwo im Schiff schwere Kisten dauernd die Treppen hinuntergeworfen werden. Ich habe zwar kein Verständnis und auch keine Erklärung dafür, daß etwa Matrosen des Schiffes in Ermangelung anderer Betätigung sich diese Beschäftigung sollten als Sport aussersehen haben. In der schmalen Bettstube, in der man liegt, kann man nicht gut hin- und hergeworfen werden. Man liegt also fest, und doch hat man den Eindruck, als ob das gesamte Gebäude, in dem man sich befindet, schwankende Bewegungen macht. Bei Erdbeben, die wellenförmig auftreten, kann man vielleicht ähnliche Beobachtungen machen. Um 6 Uhr morgens halte ich es nicht mehr aus. Ich habe erstens Hunger, weil man die Uhr 2 Stunden später gestellt hat — also von Rechts wegen müßte es schon 8 Uhr und damit Frühstückzeit sein — und genosse nunmehr ein grandioses Naturchauspiel. Von 6 bis 8 Uhr stehe ich an der Reeling und sehe zu, wie bei einer Windstärke 8 hohe Wellen unser Schiff umgeben. Böhnlich höre ich daselbe Gepolter, das mich nachts aus dem Schlafe geweckt hat. Der „Columbus“ steht mit dem Vorderdeck über den unteren Hinterdeck hoch, so daß beide Schrauben über den Wasserspiegel sich erheben und mit rasender Geschwindigkeit — weil der Wider-

stand des Wassers fortfällt — sich drehen und das ganze Schiff erschüttern. Dem Rhythmus der Wellenbewegung entsprechend tritt diese Erschütterung in nahezu gleichmäßigen Abständen immer wieder auf. Der Trompeter bläst zum Aufstehen, und er bläst das schöne Lied: „Freut euch des Lebens!“ Der Speisesaal ist halb leer. Tagsüber steigert sich der Sturm und die Zahl der Seekranken vermehrt sich. Man beobachtet, wie zahlreiche Fischschwärme in der Welle hochgerissen werden und beim Weitererschwimmen aus den Wellenbergen in die Wellenkübel stürzen, ein Schauspiel, das sich bei jeder folgenden Welle wiederholt.

Gegen Abend läßt der Sturm nach, und am anderen Tage haben wir wieder normales Wetter. Als Ankündigung dieser veränderten Situation bläst unser Trompeter morgens: „Still ruht der See, die Vögelin schlafen...“ Etwas Erfrischung, etwas Schnupfen hat sich wohl jeder einzelne in diesen Tagen geholt, das ist aber nicht von Belang. Die frische Seeluft und der an sich gesunde Aufenthalt auf dem Wasser sorgen für das Wiedererwachen der Lebensgeister. Das Schiff hat ruhige Fahrt. Die Luft ist mild, die Räder des Golfstromes macht sich bemerkbar. Fast alle Passagiere schlafen beim Stillliegen infolge der feuchtwarmen Luft. Der erste Offizier führt uns durch das Schiff. Wir hatten die Absicht, das Schiff in allen seinen Einrichtungen kennen zu lernen. Böhnlich steht das Schiff im Rebel. Maschinenraum und Kommandobrücke wurden wir nicht mehr betreten, weil das Schiff jede Sekunde Wanden machen mußte. Die Sirenen heulen dauernd entsetzlich. Das Schiff

46
Fall
Maße
aufen-
antes,
en der
den
Die
rbande-
Sie
n sind
durch
vielen
anfen-
o durch
ch ihre
rößere
Bade-
fenver-
m.
ch auch
Dadurch
n auch
Orts-
Bege-
stelte
en sehr
rn und
laborien
ährliche
eis.
mie.
e sozial-
lpat hat,
die poli-
hier be-
Kultur-
ner, son-
und
der Ge-
Kultur
r Volls-
s wider-
schaffen
so leicht
fen, und
späthige
Spunktes
Gold-
ökonomie
daraus
ungen so
Menschen,
t, einfach
müssen.
Sozial-
r bisher
Diskussion
n ethisch-
bpielten,
nd damit
er Forde-
er politi-
u machen,
Menschen-
Güter,
nfen und
man bel
resp. ge-
ante. Die
Sie unter-
siehe des
lmmwand-
agte, was
sem, aber
nirgendes
inden wir

kämpfen will. Vom sozialökonomischen Standpunkte aus ist das nicht möglich; denn die Sozialpolitik ist ja, wie wir sahen, eine sozialökonomische Funktion. Versucht man es vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus, so dürfte ein Hinweis darauf wohl genügen, daß die Privatwirtschaft nur dadurch eine gewisse Scheinproduktivität entfalten kann, daß sie sowohl die Bezahlung der Herstellungskosten für ihre Arbeitskräfte, wie die Sorge um die von ihr ohne Leistung des vollen Gegenwertes verbrauchten Arbeitskräfte nicht selbst übernimmt, sondern der Gesellschaft aufbürdet.

Wenn der Staat wirklich der Vertreter der Gemeinschaftsinteressen wäre, hätte er sich schon längst aufs allerenergischste gegen diese Raubpolitik des Kapitalismus wenden müssen. Aber er tut das nicht, ja er verfolgt in seinen eigenen Betrieben die gleiche Praxis. Bei der vorgeschrittenen Intensivierung unserer Wirtschaft können wir uns aber einen solchen Raubbau am organischen Kapital der Wirtschaft auf einer ersten Wirtschaftsstufe eine gewisse Berechtigung haben mochte, nicht leisten. Er ist nicht nur ethisch verwerflich, er ist auch im höchsten Maße unwirtschaftlich.

Es gilt nun das ökonomische Gewissen zu steigern, natürlich nicht im Interesse einer privatwirtschaftlichen Profitgewinnung, sondern im Sinne der Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität; denn nur diese allein, nicht die privatwirtschaftliche Rentabilität, kann das Ziel aller Wirtschaft sein. Es gilt, allen Führenden und Regierenden gründlichste Kenntnis der menschenökonomischen Forderungen und Notwendigkeiten zur heiligsten Pflicht zu machen. „Es ist“, sagt Goldscheid, „ihre heiligste Pflicht, zu wissen, daß jedes Arbeitsquantum, das unter seinem vollen Leistungswert verbraucht wird, entwertet, nicht voll ausgenutzt und so in bestimmtem Umfange vergeudet worden ist. Wer derartige Vergeudung begünstigt, vergeißt sich an dem Gute, das er zu erhalten berufen ist, vergeißt sich am Höchsten, was es gibt... er verbaute das menschliche Kapital.“ Jeder Verbraucher menschlicher Arbeitskraft sollte in Zukunft von der Gesellschaft für die Differenz zwischen Arbeitswert und Entwicklungswert, die bei der Verwendung in seinem Betriebe entsteht, haftbar gemacht werden; denn der Entwicklungswert Mensch ist als Produkt der gesellschaftlichen Arbeit ein gesellschaftliches Gut.

„Die Menschen sind in demselben Maße zur Menschenwürde aufgestiegen, als sie den Nachweis liefern konnten, daß sie ökonomische Werte sind, und die breiten Massen haben sich überall nur diejenige Stellung in der Gesellschaft erworben, die ihrem jeweiligen ökonomischen Werte für das bestehende Wirtschaftssystem gleichkam.“ Gelingt es darum der Menschenökonomie, den wahren wirtschaftlichen Wert des Individuums zu enthüllen, so ist damit das Größte geleistet.

Was ein verlogener Wortidealismus und eine heuchlerische Moral, die nur große und schöne Worte zu machen wußten, nicht fertig brachten, das wird die naturwissenschaftlich und soziologisch exakt fundierte Menschenökonomie erreichen, indem sie den ungeheuerlichen Wahn zerstört, daß der Mensch ein im Ueberfluß vorhandenes Wesen sei, und damit den Weg zu wahrer Menschlichkeit freilegt.

Prof. Dr. W. S. Baeg.

fährt mit halber Kraft. Nach 4 Stunden Fahrt war der Rebel vorüber, und wir können unsere Schiffsbesichtigung fortsetzen.

Der „Columbus“ — davon konnten wir uns überzeugen — ist ein Wunderwerk deutscher Technik. Es gibt wohl wenige Schiffe in der Welt, die derartig sinnreiche Einrichtungen haben, um die Sicherheit des Schiffes auf das denkbar höchste Maß zu steigern. An einer Stelle sehen wir unter Glas eine Anzahl Röhren münden, über denen feine Seidenfäden hängen, die in dauernder Bewegung sind, weil durch die Röhrenöffnungen Saugluft strömt, die aus allen wichtigen Teilen des Schiffes herausgesaugt wird. Raucht man in einem solchen Raum nur eine Zigarette, so kommt der Zigarettenrauch nach wenigen Sekunden an dieser Stelle heraus und zeigt dem Beobachtungsposten an, daß in diesem Raum eine Rauchentwicklung stattfindet. Die Feuerwachen patrouillieren in regelmäßigen Abständen alle Teile des Schiffes ab, und infolge aller dieser Vorsichtsmaßregeln kann man annehmen, daß ein etwa ausbrechendes Feuer sofort gefunden und erstickt werden kann. Ebenso interessant sind die Einrichtungen auf der Kommandobrücke und im Steuerhaus. Das Schiff hat — wie die meisten modernen Dampfer — automatische Steuerung, d. h., wenn das Steuer auf einen bestimmten Kurs eingestellt wird, zwängt es immer wieder das Schiff, in dieser Richtung zu fahren.

Der „Columbus“ hat nun freie Fahrt und mit der Geheimdienstleistung, die ihm seine 32 000 Pferdekkräfte verleihen, schießt er vorwärts dem uns immer näher kommenden Ziele zu. Unser Trompeter fängt

Berufs(Fortbildungs-)Schulpflicht und Erwerbslosenfürsorge für Jugendliche.

Mit besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse und einem Ausblick auf die Arbeitslosenversicherung.

1.

Die Berufs- oder Fortbildungsschulpflicht und die Erwerbslosenfürsorge für Jugendliche bilden zwei Gebiete, die zwar untereinander nicht nahe verwandt sind, wohl aber eine ganze Anzahl von Berührungspunkten und gemeinsamen Interessen aufweisen. Die gesetzlichen Bestimmungen über beide Gebiete ergänzen sich denn auch mehrfach wechselseitig.

Die Berufs- oder Fortbildungsschulpflicht für Jugendliche stützt sich insbesondere auf Bestimmungen der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich und des Handelsgesetzbuches vom 10. Mai 1897 (§ 76 Abs. 4). Für Preußen ist gegenwärtig das Gesetz über die Erweiterung der Berufs(Fortbildungs-)Schulpflicht vom 31. Juli 1923 („Preussische Gesetzsammlung“ S. 367) maßgebend.

Nach diesem Gesetz kann zum Besuche der Berufs(Fortbildungs-)schule durch Satzung eines Kreises oder einer kreisangehörigen Gemeinde die Gesamtheit oder ein Teil der im Schulbezirk beschäftigten oder wohnhaften unverheirateten Jugendlichen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren verpflichtet werden, soweit sie nicht mehr volkschulpflichtig sind. Die Berliner Ortsstatute über die Fortbildungsschulpflicht vom 9. Dezember 1912 und vom 13. Januar 1913 gelten als auf Grund des vorbezeichneten Gesetzes erlassene Satzungen.

Danach unterliegen alle männlichen und weiblichen Arbeiter (Lehrlinge, Gehilfen, Arbeitsburschen, Laufburschen usw.), welche in einem gewerblichen oder kaufmännischen Betriebe im Reichsbild der Stadt Berlin beschäftigt werden und nicht mehr volkschulpflichtig sind, der Verpflichtung, die von der Stadt Berlin eingerichtete Berufsschule zu besuchen. Diese Pflicht besteht auch für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit.

Die Verpflichtung zum Schulbesuch dauert in Berlin in der Regel bis zum Schlusse des Schulhalbjahres, in welchem die Schulpflichtigen das 17. Lebensjahr vollendet haben. Nur für diejenigen Schüler, die bis dahin das Ziel der Schule nicht erreicht haben, dauert die Verpflichtung bis zum vollendeten 18. Lebensjahre. Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind: Lehrlinge und Gehilfen in Apotheken, Angehörige eines Betriebes der Fischerei oder Schiffererei, der advocatorischen und Notariatspraxis, des Gewerbebetriebes der Auswanderungsunternehmer und Auswanderungsagenten, der Versicherungsunternehmer, soweit es sich nicht um die Uebernahme von Versicherungen gegen Prämie handelt, und der Eisenbahnunternehmungen, ferner eines Betriebes des Reichs und eines der deutschen Bundesstaaten.

Von dem Besuch der Berufsschule sind befreit Jugendliche, die eine als Ersatz für die städtische Berufsschule anerkannte Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besuchen, Jugendliche, die das Zeugnis der Reife für Obersekunda besitzen oder anderweitig den Nachweis führen können, daß sie sich bereits die das Ziel der Berufsschule darstellende allgemeine Bildung angeeignet haben, ferner Jugendliche, die mit schweren körperlichen oder geistigen Gebrechen

an, sentimental zu werden. Er bläst am anderen Morgen das schöne Lied: „An der weiten, weiten Ferne...“ Bis zum dritten Tage hatten uns Möven das Geleit gegeben, alsdann waren sie verschwunden, und doch, was war das für ein kleiner Vogel, der dort zwischen den Wellenbergen sich tummelte, in ungemein geschicktem Fluge stets dicht an der Oberfläche des Wassers fliegend? Es sind Seeschwärben, die hier draußen ihre Existenz fristen. Tausende von Kilometern vom nächsten Lande entfernt treiben sie hier ihr Wesen. Sie sind wohl die gewandtesten Flieger unter den belibierten Bewohnern der Erde. Riesenerfernungen müssen sie zurücklegen, um zu ihren Nistplätzen zu gelangen. Ob sie nachts auf Schiffen Ruhe finden, weiß ich nicht. Jedenfalls ist es wunderbar, diese Tierchen auf offenem Meere auch bei stärkstem Sturm ihre Nahrung suchen zu sehen. Man merkt es, daß auf der Nordseite Land vorgelagert sein muß. Das Meer ist spiegelglatt. Südlich von Neu-Schottland und Neu-England haben wir einen Ozean vor uns, der buchstäblich so glatt und so still ist, wie irgendein idyllischer Dorffsee es nur sein kann. Der Tag ist warm, die Sonne scheint hell und freundlich. Delphine und Schweinsfische, Tümmler und andere Arten des Fischgeschlechts tummeln sich in unmittelbarer Nähe des Schiffes im Wasser. Alles steht an Deck, um dem Spiel dieser Tiere zuzusehen.

Doch was ist dort? Eine Wasserfontäne, mehrere Meter hoch geschleudert, zeigt sich, dort noch eine und noch eine, und noch eine ganze Anzahl dieser Fontänen sagt uns, daß Walfische an der

behalten sind, sofern sie nicht besonderen Berufsschulen überwiesen sind.

Unterschiedslos befreit von dem Besuch der Berliner Berufsschule sind nach den oben bezeichneten Ortsstatuten die nichtreichsangehörigen Jugendlichen. Doch sei gleich hierbei bemerkt, daß die Bestimmungen über Erwerbslosenfürsorge auch eine Fortbildungsschulpflicht für nichtreichsangehörige Jugendliche kennen. Sie erstreckt sich unter denselben Voraussetzungen, wie sie für die reichsdeutschen jugendlichen Erwerbslosen überhaupt bestehen, auch auf ausländische Staatsangehörige, soweit diesen nach besonderen Bestimmungen des Reichsarbeitsministers die deutsche Erwerbslosenfürsorge überhaupt gewährt werden kann. (Zurzeit sind dies Deutschösterreicher, Tschechoslowaken, Schweizer, Schweden, Luxemburger, Italiener, Danziger und bedingt Dänen.)

Das preussische Gesetz befreit auch Jugendliche, die das Abschlußzeugnis einer anerkannten Fachschule erworben haben oder das Zeugnis über die bestandene Mellenprüfung vorlegen, von dem Besuche der Berufsschule.

Anmeldepflichtig zur Berufsschule sind grundsätzlich auch diejenigen, welche eine der als Erlaß anerkannten Fach- oder Fortbildungsschulen besuchen wollen.

Neueinrichtungen von ungelerten Arbeitern sowie von Arbeitslosen werden bei den für ihre Wohnung zuständigen Schulen vorgenommen. Die Lehrlinge werden in die für ihren Beruf zuständigen Schulen nach Lage der Geschäftsstelle des Arbeitgebers eingeschult.

Während also die gesetzliche Fortbildungsschulpflicht nicht ausnahmslos sämtliche im Erwerbleben stehenden Jugendlichen erfaßt, besteht eine teilweise wesentlich darüber hinausgehende Fortbildungsschulpflicht nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924. Sie erstreckt sich unterschiedslos auf alle Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, hat aber stets nur für den Fall Geltung, daß der einzelne Jugendliche erwerbslos und unterstützungsberechtigt ist sowie Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung erhebt.

Ob ein erwerbsloser Jugendlicher unter 18 Jahren ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen fortbildungsschulpflichtig ist, hängt also davon ab, ob für ihn die Erwerbslosenfürsorge zuständig ist.

Erwerbslosen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird die Erwerbslosenunterstützung nicht gewährt (§ 5 Abs. 1 Satz 1 a. a. B.). Erwerbslosen, die das 18. Lebensjahr, aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, wird die Erwerbslosenunterstützung nur gewährt, soweit (in Berlin) der Oberpräsident nach Anhörung des Landesarbeitsamtes Berlin festgestellt hat, daß es „Personen dieser Altersgruppen nach der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes trotz besonderer Bemühungen erst nach längerer Arbeitslosigkeit möglich sein wird, Arbeit zu erlangen“ (§ 5 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge). Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge sieht für diesen Fall Möglichkeiten vor, den Jugendlichen unter 18 Jahren (also auch solchen unter 18 Jahren) unter bestimmten Bedingungen die Erwerbslosenunterstützung, entweder in der offenen Form der Unterstützung oder aber in der Form eines größtenteils aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gedeckten Lohnes zu gewähren.

Erwerbslose unter 18 Jahren, bei denen im übrigen die Grundvoraussetzungen für die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung (Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit, Bedürftigkeit und mindestens dreimonatige krankensicherungsrechtliche Beschäftigung während der dem Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit vorangegangenen zwölf Monate) erfüllt sind, können nämlich sowohl zu Pflichtarbeiten wie zu Notstandsarbeiten zugelassen werden. Sie erhalten dann die entsprechende Unterstützung (§ 5 Abs. 2 a. a. B.). Einen Anspruch auf Zulassung zu Pflicht- oder Notstandsarbeiten hat der Erwerbslose unter 18 Jahren nicht. Es ist in das freie Ermessen des Vorgesetzten des für seine Wohnung zuständigen Bezirksarbeitsamtes gestellt, ihn „zugulassen“. Andererseits kann ein Erwerbsloser unter 18 Jahren, der keinen Wert auf seine Unterstützung legt, nicht gezwungen werden, an derartigen Arbeiten teilzunehmen. Allerdings wären Jugendliche dieses Alters, die es trotz Erfüllung der allgemeinen Voraussetzungen der Erwerbslosenfürsorge bei einer Aufforderung des Bezirksarbeitsamtes ablehnen würden, Pflicht- oder Notstandsarbeit zu leisten, von jeder Unterstützungsmöglichkeit im Falle weiterer Dauer ihrer Erwerbslosigkeit abgeschnitten; denn auch die Berliner Wohlfahrtsämter gemäßen dem nicht von der Erwerbslosenfürsorge betreuten arbeitsfähigen Erwerbslosen bei Bedürftigkeit nur dann Unterstützung, wenn er durch die regelmäßig gestempelte Kontrollkarte des für ihn zuständigen öffentlichen (Bezirks- oder Fach-)Arbeitsnachweises seine redlichen und vergeblichen Bemühungen um Arbeit nachzuweisen vermag.

Der Jugendliche wird als Pflichtarbeiter durch die Erwerbslosenfürsorge gegen Krankheit, von dem Träger der Arbeit gegen Unfall versichert und behält im übrigen seinen Anspruch, durch den für ihn zuständigen Arbeitsnachweis bei sich bietender Gelegenheit in freie Arbeit vermittelt zu werden. Wird ein Jugendlicher unter 18 Jahren zu Notstandsarbeiten zugelassen, so erhält er die für Notstandsarbeiter durch besondere Bestimmungen von Fall zu Fall für die einzelne Notstandsarbeit festgesetzten, beträchtlich über dem Höchstmaß der Erwerbslosenunterstützung liegenden Lohnbezüge.

Die Bestimmungen des Reichsarbeitsministers über öffentliche Notstandsarbeiten belagen nun, daß zu Notstandsarbeiten nur solche Erwerbslose zugelassen werden dürfen, die seit mindestens zwei Wochen Erwerbslosenunterstützung beziehen. Wollte man diese Vorschrift buchstäblich auslegen, so käme nach dem Vorgelegten ein Erwerbsloser unter 18 Jahren für die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten überhaupt nicht in Frage, weil er ja dann erst als unterstützter Erwerbsloser zu gelten hat, wenn er zur Notstandsarbeit zugelassen worden ist. Es kommt aber hier, wie auch bei so manchen anderen Stellen der Gesetzgebung über die Erwerbslosenfürsorge, nicht auf den Buchstaben, sondern auf den Sinn des Gesetzes an. Deshalb hat das Landesarbeitsamt Berlin für seinen Bereich die Anordnung getroffen, daß Erwerbslose unter 18 Jahren, die die allgemeinen Voraussetzungen der Erwerbslosenfürsorge erfüllen und nicht rasch in freie Arbeit vermittelt werden können, auf ihren Antrag in der Regel schon nach vierzehntägiger Erwerbslosigkeit zu Notstandsarbeiten zugelassen werden dürfen. In besonderen Fällen darf auch schon vor Ablauf dieser 14 Tage nach dem Eintritt der Erwerbslosigkeit (und Bedürftigkeit) der Erwerbslose unter 18 Jahren zu Notstandsarbeiten zugelassen werden.

Oberfläche ihr Spiel treiben. Bald sehen wir sie auch. Die Schwanzflosse ragt deutlich aus dem Wasser, desgleichen der Rücken, und so können wir auch feststellen, wie groß das einzelne dieser Tiere ist. Eine ganze Anzahl kleinerer und einen sehr großen Balisich sichten wir in kaum 50 bis 60 Meter Entfernung vom Schiff. Die Tiere scheinen sich auch das herrliche Wetter zunutze zu machen und führen in den oben liegenden warmen Schichten des Wassers ihre Spiele aus.

Abends genießen wir ein Naturchauspiel von grandioser Schönheit. Ein Nordlicht, wie es selbst unsere Seeleute nicht oft zu sehen bekommen haben, konnten wir stundenlang beobachten. Von drei verschiedenen Stellen des Horizontes schossen die Strahlenbündel bis zum Zenit empor. Ganz allmählich entschwand diese Naturscheinung unseren Blicken.

Der erste Offizier, der sich überhaupt sehr für uns interessierte und dem wir viele wertvolle Aufklärung verdanken, zeigte uns ein Schottenmanöver des Schiffes. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die modernen Schiffe in eine große Anzahl wasserdichter Abteile eingeteilt sind für den Fall, daß das Schiff an irgendeiner Stelle Schaden leiden sollte. Auch dieses Manöver vollzog sich außerordentlich schnell. In etwa 1 1/2 Minuten konnte festgestellt werden, daß alles dicht sei.

Einige von uns riechen bereits Land. Man hat einmal schon der Zeit wegen die Ueberzeugung, daß wir uns nun dem neuen Kontinent allmählich nähern, zum anderen zeigen uns auch die mehr

und mehr unser Schiff umschwärmenden Möven, daß wir in die Nähe des Landes kommen. Niemand hat Lust, schlafen zu gehen. Nach Mitternacht stehen wir auf dem Deck, um den selten schönen Sternenhimmel zu betrachten und die lichte Luft zu genießen. Da plötzlich sehen wir in der Ferne ein Licht. Die Schmelwerfer des „Columbus“ treten in Tätigkeit und suchen den Horizont ab, und plötzlich sehen wir mitten im Lichtkegel unseres Scheinwerfers ein rotgestrichenes Schiff. Es ist das erste amerikanische Feuerschiff, das dort verankert liegt. Näherkommend können wir die Menschen auf dem Feuerschiff beobachten und auch den Namen des Schiffes feststellen. Es heißt „Rantuxet“. An Schlafengehen war nun nicht zu denken. Man kann sich vorstellen, wie freudig feierhaft bei der Entdeckung Amerikas die Begleitmannschaft des Christoph Columbus den Ruf „Land!“ ausgenommen hat. Ist auch eine Reise heutzutage mit den Strapazen einer Reise der damaligen Zeit nicht entfernt zu vergleichen, so läßt sich doch nicht leugnen, daß alles in freudigster Stimmung die Tatsache zur Kenntnis nahm, daß wir das erste Zeichen Amerikas gesichtet haben.

Alles macht sich nun eifrig über die Packung der Koffer her. Alle noch vorhandenen Seefranken werden gesund und jeder wartet mit Sehnsucht auf den Augenblick des Tagesanbruchs, um die Küste beziehungsweise den Hafen von New York sehen zu können. Aber unsere Geduld wird noch auf eine harte Probe gestellt. Es ist gegen 8 Uhr morgens, als wir endlich den Hafen in Sicht be-

Erwerbslosen unter 18 Jahren, die bei Pflicht- oder Notstandsarbeiten beschäftigt werden, kann vom zuständigen Bezirksarbeitsamt auf Antrag freie Fahrt zur Reise an den Beschäftigungsort nebst Reise- und Umzugsbeihilfen gewährt werden, wenn sie auswärts freie Arbeit annehmen. Die Annahme einer auswärtigen freien Arbeitsstelle darf ihnen jedenfalls nicht durch unbegründete Ablehnung dieser Beihilfen unmöglich gemacht werden, es sei denn, daß es sich nur um eine Arbeit von vorwiegend unwesentlicher Dauer handelt. Ihnen kann ferner bei freier Arbeitsaufnahme wie bei der Aufnahme von Notstandsarbeit Arbeitsausrüstung vorgestreckt werden.

Aber auch solchen Erwerbslosen unter 18 Jahren, die nicht bei Pflicht- oder Notstandsarbeiten beschäftigt werden können, und denen die Unterbringung nur wegen ihrer Jugend verlagert werden muß, kann das zuständige Bezirksarbeitsamt Arbeitsausrüstung vorstrecken und freie Fahrt zur Reise in den Beschäftigungsort nebst Reise- und Umzugsbeihilfen geeignetenfalls gewähren. (Artikel 2 der Ausführungsvoorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 2. Mai 1925.)

Von vorkommenden Sonderfällen seien hier die der Fürsorgezöglinge erwähnt. Steht ein seinen Angehörigen in Pflege und Erziehung gegebener, zur freien Arbeitsleistung deurlaubter Fürsorgezögling Antrag auf Erwerbslosenunterstützung, so erkennt das zuständige Bezirksarbeitsamt hieron jedem Landesdirektor der Provinz Brandenburg oder dem Landeswohlfahrts- und Jugendamt Berlin, Abteilung Jugendwohlfahrt, unter Schilderung der ermittelten Verhältnisse Anzeige mit dem Ersuchen um Aeußerung, ob die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung auch vom Standpunkte der Fürsorgeerziehung aus angebracht erscheint oder ob die anderweitige Unterbringung des Zöglingserfolgt wird. Erwachsene Fürsorgezöglinge haben keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung.

Willy Dencker, Berlin.

Der Vertrauensmann.

Betrachtungen zu den Vorstandswahlen im Januar.

Vertrauensmann! Dieser beheldene Name ist mehr, viel mehr als das gute deutsche Wort allein ausdrücken kann. Hinter diesem Wort steht der brave Kollege, der immer hilfsbereite Funktionär, der unerschütterliche Idealist, der entschlossene, nie verzagende Kämpfer und Streiter: — unser Vertrauensmann. Und wie oft verbirgt dieser Name ein ganzes Leben harter entsagender Arbeit, jeitlicher Kämpfe, materieller Entbehrungen und Opfer im Dienste der Arbeiterbewegung. Das ist einer unserer Vertrauensmänner. Und wie viele tausend solcher zählen wir, vom Beitragssammler im Betrieb hinauf bis zum Vorsitzenden, in unseren Reihen?

Wer erinnert sich nicht bei diesen Gedanken der Zeit, die hinter uns liegt? Dankbar müssen wir unseren „Alten“ sein, von denen noch viele, wenn auch hoch in Jahren, aber noch jung an Kämpfergeist, uns Führer sind. Sie haben unter schweren Verhältnissen die Fundamente geschaffen, auf denen der Bau unserer Organisation zu jener stolzen Höhe wachsen mußte, auf der er heute seine Zeit in die Schranken fordert. Es wird einmal die Aufgabe des Geschichts-

kommen. Wer ein Glas hat, sucht der neuen Welt schon mit den Augen näher zu kommen. Bald zeigen sich auch die mächtigen Verteidigungsanlagen des Hafens von New York. Das Wolkenkragerquartier wird sichtbar, für den ersten Anblick nicht so imponant, wie es sich viele von uns vorgestellt hatten. Erst beim Näherkommen gewinnt man den richtigen Maßstab für diese ungeheuren Bauwerke. Zwei große Gasreferoire deuten an, daß dort Gasarbeiter ihre Tätigkeit verrichten.

Der „Columbus“ läuft nun in den engeren Hafen ein. Zwei kleine Schlepper, einer vorn und einer hinten, drehen ihn um die eigene Achse, um seine Anlage in Brooklyn vorzunehmen. Laufende Menschen stehen am Pier, ein Hurra über das andere ertönt. Lächer- und Hüteschwenken, Freudentränen des Wiedersehens und herzliche Begrüßungsgehen zeigen sich dem Beobachter. Die Post wird ausgeladen, denn noch ehe ein Passagier das Schiff verläßt, ist die Post schon in den Händen der amerikanischen Verwaltung.

Die Passagiere erster Klasse können zuerst vom Schiff. Also auch hier Privilegien. Amerikanische Bürger genießen allerdings Vorzüge und werden auch schnell abgefertigt. Einreisende, die dauernd in Amerika zu verbleiben gedenken, müssen Gebuld haben und manderlei Prüfungen über sich ergehen lassen. Ein Vertreter der deutschen Regierung kommt an Bord und verschafft uns wesentliche Erleichterungen bei der Zoll- und Einreisefährtigung. Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften erscheinen gleichfalls und fragen nach herzlicher Begrüßung mit dazu bei, daß unser Gepäck

schreibers unseres Verbandes sein, die Bestellungen und Verdienste dieser Bloniere der Nachwelt zu erhalten.

An dieser Stelle soll mehr der letzten Jahre gedacht werden, die hinter uns liegen. Nicht um Vorwürfe zu erheben, sondern um die Leistungen zu würdigen, die unsere Vertrauensmänner in dieser erbärmlichsten aller Zeiten vollbringen konnten. Denn diese Jahre und diese Leistungen sind ohne Beispiel in der Geschichte unserer Bewegung. Krieg, Zusammenbruch, Verfall der „Vertrag“, Inflation, Ruhrkampf und Wirtschaftskrise sind die Namen kurzer Zeitabschnitte, bei deren Studium wir uns heute immer und immer wieder fragen müssen: Wie war es überhaupt möglich, die Organisationen durch diesen Herd politischer Vulkane und durch das ganze stehende Gemäuer von Kultur, Staat und Wirtschaft hindurchzuführen? Bei dieser Frage kommt uns erst das ganze Heldentum der Vertrauensmänner unserer Zeit zum Bewußtsein. Nicht allein, daß die Gewerkschaftsfront die kühnsten, mit immer härterer Buch vorgetragenen Angriffe der vereinten Unternehmerverbände auszuhalten hatten, nein, das wahre Heldentum unserer Vertrauensleute begann in dem Augenblick, als die Unternehmer Teile unserer Front ins Wanken brachten. Große Massen verloren die festliche Kraft, dem Trommelfeuer der Reaktion standzuhalten. Da wichen ganze Stängel zurück. Statt, wie es zentrale gewerkschaftliche Weisung war, sich festzusetzen und zu günstiger Zeit verlorenes Terrain zurückzuerobieren, wurden große Massen fahnenstüchtig und in dem Rücken der kämpfenden Gewerkschaften bildete sich eine neue Armee, ihre ganze Stoßkraft gegen uns gerichtet. Neue Verbände schossen wie Pilze aus der Erde. Unionisten, Syndikalisten, „Frei Land, frei Geld“ und wie die gewerkschaftlichen Konjunkturgebilde alle diehen; sie organisierten den Kampf gegen die Zentralverbände. Die oppositionelle Betriebsrätebewegung bekam riesigen Zulauf und übernahm die Führung im Kampf gegen die Gewerkschaften. Die Rebellion des Indifferenzismus war da. Ein „revolutionärer“ Betriebsrätekongreß lagte den anderen. Während gewerkschaftliche Kämpfe zusammenbrachen, weil die Inflation die Kassen der Gewerkschaften verschlungen hatte, wurden für Kongresse und Demonstrationen verschiedener Massen Millionen verpulvert. In Hunderten von Resolutionen wurden die Gewerkschaften als unfähig hingestellt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Da die Verbände zentral nicht zu erschüttern waren, wurde der Kampf gegen die Gewerkschaften in die Betriebe verlegt. Die Leiden unserer Vertrauensmänner begannen an dieser Stelle sachlicher Reinkungsstämpfe trat der organisierte persönliche Kampf. Verachtet und geächtet standen unsere Funktionäre im Mittelpunkt der furchtbaren Zeit des Bruderkampfes. Im Rheinland schrieb in den Wochen vor der Betriebsrätewahl 1923 ein kommunistisches Blatt folgenden Satz: „Die Kommunisten müssen durch die Organisation persönlicher Kämpfe die sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen Betriebsräte erledigen.“ Es gab Fälle, wo unsere Vertrauensleute ihre Stellung freiwillig kündigt, weil sie den Verfolgungen ihrer eigenen Arbeitskollegen ausweichen wollten. Alte, Jahrzehnte in der Gemeindeförderbewegung stehende Betriebsfunktionäre, die in diesen Kämpfen treu zur Bewegung stehend ihre Gesundheit opferten, sind schwerkranken Menschen geworden. In diesen paar Jahren sind

schnell abgefertigt und in die entsprechenden Hotels gebracht wird. Ein Vertreter der Parteipresse ist gleichfalls, wie durch ein Wunder schon bevor wir anlegen, an Bord des Schiffes gekommen — vielleicht mit dem Postboot, wer kann es wissen? — und versucht, von uns Auskunft über unseren bevorstehenden Besuch in Amerika zu erhalten. Desgleichen erhielt ich auch schon einen Brief unseres Freundes Georg Sebald, der, an der Landungsstelle stehend, mich erwartete und der mir bereits einen Brief auf das Schiff entgegengeschickt hatte. Der Ex-Reichskanzler Dr. Brüning, der von unserer Ankunft erfahren hatte, ließ es sich gleichfalls nicht nehmen, uns beim Verlassen des Schiffes freundlich zu begrüßen.

Bevor unser Schiff in den Hafen einlief, beobachtete ich einen etwa 16—17jährigen jungen Menschen, der mit großen, raumenden Augen die neuen Bilder in sich aufnahm. Ein zurückkehrender Deutsch-Amerikaner ging an diesen Jüngling heran und sagte: „Sieh mal, dort drüben, da ist das Land, in dem Milch und Honig fließt, dort drüben, so hat man dir wohl gesagt, da wirst du einmal ein reicher Mann werden, dort drüben liegt das Geld auf der Straße. Ich lebe es dir an, du scheinst mir ganz der Mann zu sein, der in die dortigen Verhältnisse sich hineinfinden wird. Wenn es dir später einmal gut geht, dann denke an mich und an das, was ich dir gesagt habe. Verlaß aber auch nicht, daß es dort drüben sehr viel erlösende Hoffnungen gibt, die zu Grunde getragen werden müssen.“ Und damit ließ er den erstaunten Jüngling stehen und wandte sich ab.

J. M.

mehr Nerven verbraucht worden als in dem halben Jahrhundert Arbeiterbewegung vorher. In unseren großen Versammlungen kämpften unsere Vertrauensmänner wie die Löwen gegen die wilde Erregung vieler Tausende von Arbeitern. Und die „Einpeitscher“, deren Ziel immer war, mit Hilfe einer zur Wut gesteigerten Erregung die alten erprobten Funktionäre zu verdrängen, um sich an ihre Stelle zu setzen, haben zum Schluß doch immer den Kürzeren ziehen müssen. Aber wie oft hatten wir immer nur um „Haarsbreite“ gewonnen.

Alte kampfproben Funktionäre, die vor dem Kriege mit Begeisterung gegen Völkerverrat und Unternehmerwillkür kämpften, satten sich schließlich furchtbar unter der Last, gegen eigene Klasseninteressen und ihre Unvernunft anzukämpfen zu müssen. Dazu kam, daß dieser Kampf um dieselbe Zeit tobte, als wir mit dem Unternehmertum, in Abwehr seiner Angriffe, alle Hände voll zu tun hatten. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß, als der unglückliche Ruhrkampf zusammenbrach, die Reaktion um so leichter über das Schlachtfeld ziehen konnte und wie Leichenflieberer den am Boden liegenden Industriearbeitern das Letzte an sozialen Rechten raubte, die in offenem, geschlossenem Kampfe vielleicht nie verlorengegangen wären.

In den Filialen haben wir viele neue Geister, oft sogar an und für sich intelligente Menschen, allerdings mit verschrobenen, alles andere als revolutionären Ideen, aufsteigen und wieder in die Versenkung verschwinden sehen. Vieles von dem, was Gold schien, erwies sich bald als Blei. All die Sputzgebilde, die den Gewerkschaften die Existenzberechtigung absprechen wollten, sind schneller verschwunden als sie gekommen sind. Die ganze Front der irreführenden Massen brach an dem lebendigen Wall unserer überzeugungstreuen Funktionäre zusammen. Unsere Vertrauensmänner können stolz darauf sein, die Organisation vor der Zerstückelung bewahrt zu haben. Heute ist der gewerkschaftliche Betriebsfunktionär auf dem Wege, sich das uneingeschränkte Vertrauen seiner Arbeitsbrüder zurückzuerobieren. Und wenn heute viele von denen, die damals zu den Irreführern zählten, wieder in den Schoß der Gewerkschaften zurückkehren, wenn heute die stärksten Gegner in unserem Rücken niedergedrungen sind und der größte Teil unserer Kräfte voraus, gegen das Unternehmertum, in Bewegung gesetzt werden kann, so ist das das Verdienst der stillen opferbereiten Arbeit, das Werk des großen Heeres der „nienannten“, der namenlosen Vertrauensmänner.

In den nächsten Tagen finden im ganzen Reich die Neuwahlen der Filialvorstände statt. Das sind die höchsten Funktionen, die die Mitglieder der Generalversammlungsvertreter in den Filialen zu vergeben haben. Wir haben im allgemeinen in den letzten Jahren einen starken Zuwachs an tüchtigen Vertrauensleuten bekommen. Man sollte überall zu der Ueberzeugung kommen, die alten, in den letzten Jahren erprobten Funktionäre wiederzugewinnen. Das Verbandsstatut bestimmt, daß die Wahlen nach demokratischen Grundgesetzen vorgenommen werden sollen. Die Mehrheit der Wahlberechtigten entscheidet. Ist damit allein der demokratische Grundgedanke erschöpft? Nein. Demokratie ist nicht allein das Recht der Mehrheit; Demokratie verpflichtet auch. Es ist eine falsche Auffassung über Demokratie in der Organisation, den Vorstand nicht anders zu betrachten als das ausführende Organ der Mitgliedschaft. Ein Vorstand, der zu jeder Maßnahme die Zustimmung der Mitglieder braucht, der überhaupt nur das tun darf, was er als Auftrag bekommen hat, der verdient seinen Namen nicht, der läuft Gefahr, in die Rolle des Stiefelputzers gedrängt zu werden. Einem Vorstand Vertrauen schenken, verpflichtet auch, den Funktionären Gelegenheit zu geben, von diesem Vertrauen Gebrauch zu machen. Es führt zu einer Bureaufratifizierung des Verbandeslebens, sollte der Filialvorstand nur ein immer artig parierendes, willenloses Organ der Mitgliedschaft sein. Wenn unsere Mitglieder beim letzten Kölner Streik vom Filialvorstand verlangt hätten, bei jeder Entscheidung zuerst gehört zu werden, wir hätten die Bewegung nie mit der Schnelligkeit einleiten und nie mit dem großen Erfolg beschließen können. Vertrauensmann sein, heißt für den Funktionär, sich seiner Verantwortung bewußt sein und des Vertrauens würdig zeigen: für die Mitglieder aber heißt es, dem Mann, dem das Amt als Vorstandsmittglied übertragen worden ist, Vertrauen entgegenbringen, damit er seine Kräfte und Kenntnisse im Dienste der Organisation voll zur Geltung bringen kann.

Dieses Vertrauen dem Funktionär zu schenken, ist eine Dankeschuld, die wir alle den Männern gegenüber abzustatten haben, die in den hinter uns liegenden Jahren die Organisation gerettet haben.

Rudolf Bengersdorf, Köln.

Im Herzen der elektrischen Energie.

Mit Genehmigung der Direktion der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke hatten wir Gelegenheit, das größte Elektrizitätswerk Europas (Goldenberg-Elektrizitätswerk) zu besichtigen. Das Goldenberg-Elektrizitätswerk liegt in Knapsaal (Rhd.). Es gehört zur Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A.-G., Essen, und hat seinen Namen von dem verstorbenen Erbauer des Wertes Bernhard Goldenberg.

Zwölf Schornsteine von 110 Metern Höhe und einer obersten Spitze von 4,8 Metern weisen schon von Ferne dem Besucher des Wertes den Weg. Aber schon ehe die Schornsteine sichtbar werden, bemerkt man eine rostbraune Wolke am Horizont. Von einem in der Nähe wohnenden Angehörigen des Wertes wurde uns später mitgeteilt, daß sich in wenigen Jahren eine zirka 30 Zentimeter hohe Flugaschenschicht abgelagert habe. Das Großkraftwerk arbeitet mit Rohbraunkohle und verfeuert arbeitsmäßig bis zu 16 000 Tonnen (gleich 800 Eisenbahnwagen à 20 Tonnen). Die Braunkohle wird von den Gruben „Vereinigte Bille“ und der Grube Berrenroth auf Kettenbahnen und Stahlbändern sofort den Kesselhäusern zugeführt. Die Kettenbahnen und Stahlbänder sind in der Lage, je eine Jahresleistung von 1 250 000 Tonnen zu bewältigen. Die Braunkohle wird auf diesem Wege automatisch auf die Walzenbrecher gebracht. Von hier aus wird die gebrochene Kohle weiter auf Transportbändern in die Kohlenbunker verteilt. In den sechs Kesselhäusern sind Kohlenbunker vorhanden, welche insgesamt 24 000 Tonnen Kohle aufnehmen. Außerdem besteht ein Reserverbunker, welcher weitere 10 000 Tonnen faßt, um bei etwaigen Störungen im Grubenbetrieb gesichert zu sein. Durch Aufschürren fällt die Kohle den fünf Feuerungen jedes Kessels zu. Die 68 Steiltrichter haben insgesamt eine Heizfläche von 51 000 Quadratmetern und 3074 Quadratmetern Kesselfläche. Jeder Kessel ist in der Lage, pro Stunde bis 30 Tonnen Dampf zu leisten. Die Kessel sind mit automatischen Speisewasserregulern und mit von der Schalbühne aus bedienbaren Rauchgaschiebern ausgerüstet. Die Entschärfung der Kessel erfolgt mittels Spülverfahren. Die entfallene Aschenmenge wird direkt von hier wieder der Grube zugepumpt. Den Kesselhäusern quer vorgelagert liegt das Maschinenhaus, in welchem 10 Turbosätze aufgestellt sind. Das 175 Meter lange und 27 Meter breite Maschinenhaus wird von elektrischen Kränen mit einer Tragfähigkeit bis zu 120 000 Tonnen bedient. Bei einer installierten Maschinenleistung von 302 000 Kilowatt beträgt die Jahresabgabe zurzeit zirka 1 Milliarde Kilowattstunden. Neben 6 Turbosätzen von je 15 000 Kilowatt sind 4 Turbosätze von je 50 000 Kilowatt im Betrieb. Sämtliche Turbosätze haben doppelte Kondensationsmaschinen. Die für die Generatoren notwendige Kühlflüssigkeit wird in den außerhalb des Maschinenhauses gelegenen Filtergebäuden gereinigt und von dort aus zugeführt.

Zwei Druckleitungen von 5700 Metern Länge und 450 Millimetern Durchmesser führen das für die Wasserversorgung des Wertes notwendige Wasser von dem eigens für diesen Zweck gebauten Wasserwerk in Kiedorf a. d. E. Erst den Behältern des Wertes zu. Ein Teil des Wassers wird für Trinkt- und Gebrauchswasser in Hochbehälter geleitet, der weitaus größte Teil wird der Wasserreinigungsanlage zugeführt. Hier wird daselbe nach dem Permutit-Verfahren für die Kesselspeisung vorbereitet. Zehn elektrisch angetriebene Pumpen und 10 mit Dampf angetriebene Pumpen befördern das Wasser in die hochliegenden Speisewasserbehälter. Für den Notfall steht beim Versagen der Wasserzufuhr außer der Wassermenge von 50 000 Kubikmetern in den 10 Kühlwasserbehältern eine weitere Menge von 3000 Kubikmetern aus den Tiefbehältern der Kesselhäuser zur Verfügung. In der Permutit-Anlage sind 68 Filter aufgestellt, welche pro Stunde zirka 1400 Kubikmeter Wasser enthalten. Die Generatoren arbeiten auf Maschinentransformatoren. Sechs Generatoren werden in 25 000 Volt, vier Generatoren in 110 000 Volt parallel geschaltet. Es ist die technische Möglichkeit geschaffen, von den 25 000 Volt Sammelschienen mittels einer Hilfsmaschine über die großen Maschinentransformatoren auch das 110 000 Volt-Netz zu speisen. Die 25 000-Volt-Schaltanlage befindet sich im Maschinenhaus. Das 110 000-Volt-Schaltwerk befindet sich abseits von dem eigentlichen Maschinenhaus. Die 110 000-Volt-Abteilungen aus den Transformatorräumen zum dem 110 000-Volt-Schaltwerk geschieht durch Freileitungen.

Am der Maschinenhaus Längswand befindet sich die Bedienungsbühne. Hier hat der Schaltmeister des Kraftwerks seinen Stand, von hier hat er die Möglichkeit, den gesamten Maschinenaal zu überschauen. Er ist als der eigentliche Steuermann des Kraftwerkes anzusprechen. Das Goldenberg-Elektrizitätswerk ist als Grundbelastungswert gedacht und speist verschiedene, den Rheinisch-West-

Jahr	Wein und Most aus Trauben hl	Weinbaltige und Sektgetränk hl	Schaumwein hl	Insgesamt hl	Auf den Kopf
1919	1 938 156	636 074		2 624 230	4,3
1920	1 498 102	824 648		2 322 750	3,8
1921	2 035 850	699 495		2 735 345	4,4
1922	1 898 693	1 000 319	88 795	2 987 707	5,2
1923	1 142 895	753 628	50 103	1 946 624	3,5

Ueber die Rolle, die Deutschlands Alkoholkonsum neben dem Alkoholkonsum anderer Länder einnimmt, unterrichtet die folgende Tabelle, die nach einer in französischer Sprache im Verlag des Internationalen Bureaus gegen den Alkoholismus in Lausanne (Schweiz) erschienenen Arbeit Dr. A. Rollers über die Erzeugung und den Verbrauch alkoholischer Getränke in den verschiedenen Ländern bearbeitet wurde. Die Zahlen geben den durchschnittlichen Jahresverbrauch, berechnet auf reinen Alkohol pro Kopf der Bevölkerung.

Weltstatistik des Alkoholverbrauchs:

	1906 bis 1910	1919 bis 1922		1906 bis 1910	1919 bis 1922
Argentinien	10,21	11,18	Jugoslawien (Serbien)	5,95	1,22
Australien	5,65	4,31	(Bosnien)	7,17	
Belgien	10,58	8,98	Canada	8,31	2,89
Bulgarien	8,02	2,54	Peru	4,26	
Chile	—	10,09	Rumänien	5,25	1,85
Dänemark	6,82	2,89	Schweden	4,38	5,08
Finnland	—	8,41	Schweiz	13,71	11,92
Frankreich	22,93	17,61	Spanien	14,02	15,83
Großbritannien	9,67	6,17	Tschechoslowakei	—	3,52
Holland	5,01	8, —	Ungarn	7,63	5,78
Island	—	0,54	Uruguay	4,75	—
Italien	17,29	13,77	Vereinigte Staaten	6,80	13,27
Japan	2,86	3,92			10,68

Diese Zahlen geben allerdings nach neueren Angaben eine entschieden zu günstige Stellung für das Deutsche Reich. Die Reichsstatistik zeigt beispielsweise für 1922 folgendes Bild:

Rein. Alkohol kl. d. Kopf	hl
1 946 600 hl Wein zu 8 Proz.	155 728 — 0,36
1 017 090 hl Einfachbier zu 1,25 Proz. (1—1,5)	12 718
2 783 508 hl Schanzbier zu 2,25 Proz. (1,5—5)	62 628
27 083 251 hl Vollbier zu 3 Proz. (2—4)	812 497 — 1,45
830 814 hl Starbier zu 4,75 Proz. (3,5—6)	16 668
1 096 257 hl Braumwein zu 100 Proz.	1 096 257 — 1,75
	2 156 496 — 3,45

H. Söggeow - Raulsdorf.

Hus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftliches.

Die Aussichten der genossenschaftlichen Wirtschaftsbewegung. Noch nie so überzeugend wie zur Jetztzeit, inmitten der schwersten Wirtschaftskrise, die wir in Deutschland millionenfach am eigenen Leibe erleben, muß sich der Gedanke von der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der genossenschaftlichen Wirtschaftsform ausdrängen. In das Auscheiden zahlreicher Unternehmungen und Unternehmerrisiken ein notwendiger „Reinigungsprozess“ innerhalb der durch die Inflation aufgeblähten Produktions- und Handelsbetriebe der deutschen Privatwirtschaft, so zeigt sich

1. daß diese Aufblähung am allermeisten die Genossenschaften ergriffen hat und 2. daß deren Wirtschaftsform die zukunftreichsten Aussichten besitzt.

Die Konturstatistik des Reiches spricht in dieser Hinsicht eine äußerst bereite Sprache. Brachte das erste Kriegsjahr 1914 einen erstmaligen Hochstand der Kontur mit der Zahl von 7849, woran aber nur 77 Genossenschaften beteiligt waren, so zeigt das Inflationsjahr 1923 mit 263 Konturen, wovon nur 6 die Genossenschaften trafen, einen Tiefgang, der ein ebenso anormales Bild unserer Wirtschaft zeigte wie die Laufende von neuen Unternehmungen, die wie Pilze aus der Erde schossen.

Die Jahre 1924 und 1925 ließen durch das Festhalten der im November 1923 begonnenen Sanierung unserer Währung keinerlei Zweifel über den treibhausartigen Charakter der deutschen Privat-

wirtschaft übrig. Mit 6033 Konturen im Jahre 1924, wovon 87 auf die Genossenschaften entfielen, näherte es sich dem „Reford“ des ersten Kriegsjahres, und das Jahr 1925 wird mit rund 12 000 Konturen, wovon etwas über 100 auf die Genossenschaften entfallen, das Bild eines Reinigungsprozesses geben, in dem die genossenschaftliche Wirtschaftsform als die solide und zweckmäßigste sich bewährt hat. Denn bei 53 000 Genossenschaften aller Art kaum mehr als 100 Kontur in einer Zeit, wo ganze Konzerne, die größten Aktiengesellschaften, ehemals befundierte und größte Einzelunternehmungen der Privatwirtschaft wie Kartenhäuser von dem Wirtschaftsturm umgeblasen werden, das ist ein Zeugnis von Kraft und im Wesen der Unternehmung wurzelnden Stärke, welches die genossenschaftliche Wirtschaftsform als die gebende der gesellschaftlichen Wirtschaftsverfassung erscheinen läßt. — Was insbesondere die Konsumgenossenschaften anbelangt, so zeigt sich, daß bei den 20 bis 30 im Jahre 1925 vorgekommenen Konturen nur solche Gebilde nicht lebensfähig waren, die von vornherein ohne jede Sicherung durch verbandsorganisatorische Verbundenheiten ein Eigenleben — vegetierten, das sie dem Wirtschaftsturm ebenso preisgab wie Einzelunternehmungen der Privatwirtschaft. Neben der ökonomischen Ueberlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaftsform zeigt sich deren organisatorische in geradezu glänzender Weise. Zu Laufenden schossen neue Unternehmungen der Privatwirtschaft hervor, während zu gleicher Zeit ein „Rückgang“ der Konsumgenossenschaften zu verzeichnen war. Das kam nicht von ungefähr. Denn die Konsumgenossenschaftlichen Landes- und Zentralverbände hatten bei Beginn der Inflationsperiode den durch den Krieg hervorgerufenen Stillstand in der Gründung von neuen Genossenschaften als zweckmäßigste Sicherung gegen die herausstehenden Gefahren erkannt und die Konzentration zum organisatorischen Prinzip der Bewegung erhoben. Wo irgendwie ein Zusammenbruch infolge falscher Einstellung einer Verwaltung auf die Scheinblüte der Wirtschaft drohte, wurden alle Hebel genossenschaftlicher Solidarität zur Anwendung gebracht, um den Zusammenbruch dadurch zu verhindern, daß die bedrohte Genossenschaft mit der nächstgelegenen stärkeren, lebensfähigeren verschmolzen wurde. Und wenn das Experiment nicht überall und immer gelang, weil der Sturm schon zu tief gefressen hatte und gegebenenfalls eine empfindliche Schwächung der übernehmenden Genossenschaft zu besorgen war, so blieb diese Erscheinung auf Ausnahmen beschränkt. — Diese beinahe selbsttätigen Wirtschaftskonzentrationen bedeuteten und bedeuten gerade während der Inflations- und jetzigen Wirtschaftskrise eine außerordentliche Stärkung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, denn die Verringerung der Zahl der Genossenschaften war von einer außerordentlichen Steigerung der Mitgliederzahl begleitet, welche der Wirtschaftlichkeit des genossenschaftlichen Unternehmens zugute kam und zugute kommen mußte. Es war zur rechten Zeit, denn die Inflationsperiode war bei den Konsumgenossenschaften mit einer erheblichen Vermehrung der Verkaufsstellen verknüpft, welche immerhin stärker war als die normale Mitgliederzunahme. So bot das Konzentrationsprinzip mindestens einen Ausweg für die teilweise Aufblähung des genossenschaftlichen Wirtschaftsapparates und die Wirkung davon zeigt sich nun bei einem Blick in die Konturstatistik, welcher das Urteil ermöglicht, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsform weitaus am besten von allen Unternehmungen den schweren und schwersten Wirtschaftstürmen gewachsen ist.

Die Aussichten, die sich durch diese Tatsache für die weitere Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung eröffnen, sind die denkbar günstigsten. Denn allmählich wirkt der Materialismus der Dinge immer stärker auch im geistigen Bewußtsein der Massen aus und, elementar in Bewegung gesetzt, geht's mit Riesenschritten dem Ziele zu, nachdem das Schneckenempo durch das eberne Ruch der Notwirtschaft überwunden war.

Die düstere Zeit einer noch nicht absehbaren Wirtschaftskrise muß — nun erst recht! — den Willen und die Energie zum Kampf für eine bessere Wirtschaftsform bestärken und stärken, die so ihre Ueberlegenheit demonstriert hat. Es ist die genossenschaftliche.

Betriebsräte

Handwerker und Arbeiter, die auf Grund eines Anstellungsvertrages beschäftigt werden, bleiben Arbeiter im Sinne des Betriebsgesetzes. Eine Stadtgemeinde übernahm u. a. auch einen Kollegen, der als Maschinist beschäftigt war, in das Angestelltenverhältnis. Er erhielt von diesem Zeitpunkt ab seine Bezüge nach der Beamtenbesoldung, führte aber seine bisherigen Arbeiten aus. Er war Vorsitzender des Betriebsrats, des Arbeiterrats und des Gesamtbetriebsrats. Es entstand nunmehr die Frage, ob er auch in Zukunft diese Ämter beibehalten kann. Der Obmann der Angestellten forderte das Ausscheiden aus diesen Ämtern, weil der Kollege nunmehr „Angestellter“ sei und demgemäß aus sämtlichen Betriebsvertretungen ausscheiden müsse, weil er leimerzeit als Arbeiter gewählt, jetzt aber Angestellter sei. Der betreffende Kollege hätte allerdings aus der Betriebsvertretung ausscheiden müssen, wenn er ein Angestellter im Sinne des Betriebsgesetzes gewesen wäre. Dieses ist jedoch nicht geschehen. Seine Beschäftigung blieb dieselbe. In solchen Fällen werden Handwerker und Arbeiter

durch Ueberführung in das „Angestelltenverhältnis“ nicht auch Angestellte im Sinne des Betriebsrätegesetzes. Nach § 12 des Betriebsrätegesetzes sind nämlich Angestellte im Sinne dieses Gesetzes die in § 1 Abs. 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte angeführten Personen. In dem vorliegenden Falle kämen dafür in Betracht: 1. Angestellte in leitender Stellung; 2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung. Wo diese hier unter 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht zutreffen, bleiben Arbeiter und Handwerker als Arbeitermitglieder auch weiterhin Mitglied der Betriebsvertretung, auch wenn ihre Beschäftigung auf Grund eines Angestelltenvertrages stattfindet. Dieses trifft in dem vorstehend geschilderten Falle zu.

• Beamte •

Der Anfang einer neuen Gehaltsbewegung, die das Besoldungsrecht von 1924 beseitigt und kein Abbruch darf die Dezemberbeihilfe 1925 sein. Gegen eine sozialgerechte Anpassung der laufenden Bezüge an die Teuerung, gegen eine Besserung der menschenwürdigen Lebenshaltung der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen wird bereits in der großen Tagespresse, die in Abhängigkeit vom Großkapital lebt, Sturm gelautet. Eine neue Beamtenhege ist bereits eingeleitet und wird voll entfaltet werden in dem Augenblick, in dem die Forderung um Erhöhung der laufenden Bezüge erhoben wird. Von größter Wichtigkeit ist daher, daß wir über eine völlig unabhängige Beamtenzeitung verfügen, die den Kampf gegen die geanerische Tagespresse aufnehmen kann. Das Organ unserer Beamtenpionierorganisation, die dreimal wöchentlich erscheinende „Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung“, hat diesen Kampf mit Nachdruck und Erfolg geführt. Als Ergänzung zu der „Beamten-Gewerkschaft“ ist die „ADBZ.“ dringend zu empfehlen. Für Funktionäre ist sie nahezu unentbehrlich. Vom 11. bis 16. Januar hat die „ADBZ.“ eine Werbeweche veranstaltet. Auch die Ortsgruppen unserer Organisationen haben Werbeaufweisung und Material erhalten. Die neuen Bezüge erhalten, wenn ihre Namen rechtzeitig der Geschäftsstelle des ADB., Berlin W 35, Potsdamer Str. 106, gemeldet werden, ab 16. Januar 1926 durch Streifenband oder Sammelendung bis zum Ende des Monats die „ADBZ.“ kostenlos geliefert. Die Bestellungen für Februar müssen noch vor dem 25. Januar auf der Post, am besten gesammelt durch den Funktionär, erfolgen. Der Bezugspreis für die dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung ist sehr gering und beträgt nur 80 Pf. zuzüglich 18 Pf. Bestellgebühr.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Verband der deutschen Buchdrucker hat mit Jahresanfang sein eigenes neues Verbandshaus in der Dreieckstraße in Berlin bezogen. Damit sind nun Verbandsvorstand und Redaktion des „Korrespondent“ (letztere befand sich bisher in Leipzig) in einem Hause in Berlin vereinigt. Das Verbandshaus besteht aus Vorder- und Hinterhaus. In dem großen, in starkem Eisenbeton aufgeführten Hinterbau befinden sich im Erdgeschoß der Druckmaschinenaal, im ersten Stockwerk Seyerlaal, Segmaschinenabteilung, Stereotypie, Faktoren- und Korrektorenzimmer. Im zweiten Stockwerk befinden sich die Geschäftszimmer des Bildungsverbandes, der Büchergilde, der Schriftleitungen der „Typographischen Mitteilungen“ und des „Graphischen Betriebes“. Im dritten Stockwerk sind die Geschäftsräume des Verbandsvorstandes und im vierten ein großer Konferenzsaal mit Nebenräumen. Zwei einstöckige Seitenflügel verbinden das Vorderhaus (in dem in fünf Stockwerken 18 Mietwohnungen enthalten sind) mit dem Hintergebäude. Im ersten Stock des rechten Seitenflügels befinden sich Schriftleitung und Geschäftsstelle des „Korrespondent“, während in dessen Erdgeschoß das Dreieckkontor Aufnahme findet. Der linke Seitenflügel enthält im Erdgeschoß Badeeinrichtungen und im ersten Stock Speises, Aufenthaltsräume und Kleiderablage für das Personal. Sämtliche Arbeitsräume sind hell und lustig, die Betriebseinrichtungen dem neuesten Stand der Technik angepaßt. Nicht prunkhaft, aber kraftvoll aufwärtsstrebend erhebt sich das neue Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker als eine eigenartige Zierde seiner Umgebung, als kulturelles Zeugnis für die gewerkschaftliche Einheit der Jünger Gutenbergs.

• Internationale Rundschau •

Dänemark. In den letzten Monaten ist in Dänemark die Arbeitslosigkeit sprunghaft in die Höhe gegangen. Es gibt jetzt über 63 000 Arbeitslose, d. h. mehr als doppelt so viele als im vorigen Jahre. Um der Arbeitslosenzentrale entgegenzuwirken, legte die sozialdemokratische Regierung im Oktober dem Folkething (zweite Kammer) einen Gesetzentwurf vor, der die Bewilligung von 16 Millionen Kronen aus Staatsmitteln als Zuschuß für die Vornahme von Notstandsarbeiten durch den Staat, die Gemeinden oder private Institutionen vorsieht. Das Gesetz wurde im Folkething angenommen, aber das Landsting (1. Kammer), in dem die früheren Regierungsparteien noch die Mehrheit haben, widersetzte sich dem

Entwurf in der vorliegenden Form. Die Bauernpartei beantragte u. a., daß der Arbeitslohn bei derartigen Notstandsarbeiten, wofür Staatszuschuß geleistet wird, um 15 Proz. herabgelegt werden müsse oder die Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten sollen. Nach langen Verhandlungen wurde ein Kompromiß geschlossen, wonach aus dem bestehenden Arbeitslosenrisikofonds 8 Millionen Kronen für die in der Regierungsvorlage angegebenen Zwecke Verwendung finden sollen. Dieser Betrag soll so verwendet werden, daß bei Notstandsarbeiten, die von den betreffenden Behörden als solche anerkannt worden sind, für jeden beschäftigten Arbeiter ein Zuschuß von drei Kronen täglich gezahlt wird, außerdem kann zur Bestreitung der Ausgaben für Anschaffung von Materialien dänischer Ursprungs oder dänischer Verarbeitung ein Zuschuß bis zu 20 Proz. geleistet werden. Das jetzt angenommene Gesetz ist von weit geringem Wert als der Regierungsentwurf, andererseits ist aber der von der reaktionären Bauernpartei gemachte Versuch, neue Prinzipien bei der Ausführung von Notstandsarbeiten durchzusetzen, gescheitert. Am 15. November hat die Regierung eine Novelle zum Arbeitslosengesetz vorgelegt, worin erstmals vorgeschlagen wird, den Staatszuschuß an die Arbeitslosenfassen der Gewerkschaften von 33 auf 45 Proz. des Mittaliedbeitrages zu erhöhen, zweitens eine Änderung der Bestimmung betr. Unterstützung bei außerordentlicher Arbeitslosigkeit vorzunehmen. Nach der jetzt geltenden Bestimmung können ausgesetzte Arbeitslose nur dann die sogenannte fortgesetzte Unterstützung erhalten wenn die Arbeitslosigkeit 50 Proz. über der Grenze der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit der betreffenden Arbeitslosenfasse in den entsprechenden Monaten der letzten vierzehn Jahre liegt. Diese Bestimmung soll nun zugunsten der ausgesetzten Arbeitslosen geändert werden. Ferner wird vorgeschlagen, die Unterstützung bei außerordentlicher Arbeitslosigkeit, die jetzt zwei Drittel der ordentlichen Unterstützung beträgt, in voller Höhe zu zahlen. Die vorgeschlagenen Änderungen sollen für die Zeit von einem halben Jahre in Kraft bleiben. Die Mehrausgabe des Staates wird auf 3½ Millionen Kronen veranschlagt.

• Rundschau •

Hunger.

Ihr kennt mich, Varios! Ich bin immer euer!
Wo ihr seid, bin auch ich, euch bin ich immer treu!
Aus hoblen Augen stammt mein Nadelfeuer,
Ich knurre wie ein Hund, ich brülle wie ein Reu.

Ans Fleisch der Satten grabe ich die Zähne,
Wein Schmerz, mein wilder Schrei entsetzt die ganze Welt
Mein Blut ist Galte, Gift ist meine Träne,
Mein Glück ist nur der Fraß, mein Weil ist nur das Geld.

In dumpfen Höhlen kappert mein Gerippe,
Aus Kellerlöchern blickt mein blauverbannter Bild,
Fahl ist mein Gesicht, blau ist meine Lippe,
Ich töte jede Luft, ich morde jedes Glück.

Ich nehme mir, denn mir wird nichts gegeben,
Ich trete, stampe nieder, wo noch Leben hat,
Blutstuden schrei ich: Leben will ich, leben!
Brandfackeln werfe ich in Hof und Dorf und Stadt.

Ich schleudre Aufruhr in die Arbeitshätten,
Der Donner meiner Stimme droht von Nacht zu Nacht
Ich breche Staaten, Kerker, Fässer, Ketten,
Ich schlage aus der Stirn die Finsternis der Nacht.

Arbeit, ihr Kinder meiner magern Venden!
Euch formt ein besseres Schicksal meine Knochenband.
Denn sie will sonnwärts euer Antlitz wenden,
Und leiten euern Fuß in das gelobte Land!

Victor Kalinowski.

• Verbandsteil •

In der in Nummer 2 der „Gewerkschaft“ veröffentlichten Abrechnung muß es auf Spalte 27 28 hinter E r t u r t unter „Bestand bei der letzten Abrechnung“ nicht 6499,65 M., sondern 6498,65 M. und hinter Stettin unter „Arbeitslosenunterstützung auf Kosten der Hauptkasse gezahlt“ nicht 137,50 M., sondern 137,25 M. heißen. Die Hauptkassenverwaltung.

• Briefkasten •

G. W. Goldh. Gedicht ist leider nicht verwendbar.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gewerkschaften u. Einzelarbeiter A. M. A. in G. Verantwortl. Redakteur Emil Dillmer, beide Berlin S. O. 39. E. Lillmer Str. 42.

Was sich jeder wünscht!



Die mollige Ecke
im eigenen Heim
kann sich heute
dank meinem
Teilzahlungssystem



Besteht ohne Anzahlung Mäßige Raten - Auswärts 3 Tage zur Probe
Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel

Verlangen Sie Prokatalog D oder Vertreterbesuch
Ausstellungsräume ohne Kaufzwang geöffnet 9-7 Uhr

DEUTSCHE HEIMKUNST (P)

Spezialhaus für Musik- und Kleintatmübelhersteller,
Berlin, Annenstr. 74 I. u. d. Alten Jakobstraße - Tel.: Moritzpl. 4663

Garantie-fahrräder

mit Freilauf
für Herren: **76⁰⁰ M.**
für Damen: **84⁰⁰ M.**



Man verlangt kostenlos Katalog von der
Sigurd-Gesellschaft m. B. Cassel 107

BETTNA'SSEN

Herr Josef Adler, Seitendorf Nr. 49 schreibt: „Von meiner frühesten Kindheit bis zu 20 Jahren litt ich an Bettmäßen. Sehr viele Qualen, Unannehmlichkeiten und Verdruß mußte ich im Verlaufe dieser Jahre erdulden, besonders während meiner Lehrzeit. — Auf das Sanit. Institut Gg. Englbrecht in München aufmerksam gemacht, wandte ich mich an dieses. Das mir zugesandte Mittel führte zur völligen Befreiung meines Uebels, wofür ich genanntem Institut von ganzem Herzen dankbar bin. Ich empfehle jedem Leidensgefährten, sich vertrauensvoll zu wenden an das seit 15 Jahren bestehende Sanit. Institut Gg. Englbrecht, München B 575, Malstraße 10. Auskunft umsonst. Alter u. Geschl. angeb. (Taus. Anerkennung.)“

Maxim Gorki spricht

in seinem letzten Roman „Der Sohn der Nonne“, der als fünfter Band des „Bücherkreises“ erschienen ist, mit packender Lebendigkeit und Bildhaftigkeit von dem Rußland, das gestern war und das

heute

noch ist — das auch morgen noch nicht überwunden sein wird ...

Maxim Gorkis letzter Roman erschien erstmalig

im Bücherkreis

Wer des großen Dichters großes Bekenntnis lesen will, melde umgehend seine Mitgliedschaft an, (1 Mark Monatsbeitrag), bei der Zahlstelle „Der Bücherkreis“

Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42.

Arcona-Räder



Hundert I., II. und III. Preise
Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!
Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!

100 000⁰⁰ im Gebrauch!

Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den längsten u. schwierigsten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**

Verlangen Sie Katalog gratis und franko

Ernst Machnow BERLIN C 64
Weinmeisterstr. 16 (P)

Günstige Teilzahlung zu Kassapreisen

in Herren- und Damenbekleidung
Enorm billig Sehr große Auswahl
Jackett-Anzüge · Schlüpfer · Gabardine-Mäntel
Regenmäntel · Hosen (P)

all in bester Verarbeitung
Lipkowitz & Co. Kommand.-Ges., Münzstr. 10 bei der
Spezialhaus für gute Herren- und Damenbekleidung Kasernen

Mk. 100 Qualitäts-Instrumente

Anzahlg. Lieferung (P)
Schlafzimmer,
Speisezimmer, (P)
Mk. 50 Einzelmöbel,
Mk. 30 Köchen

Schallplatten
Reichste
Auswahl

Katalog
gratis



WENGER, BERLIN

Alte Schützenstr. 20 Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Kraussstr. 12

Ein Hindernis des Aufstiegs

sind die Trinksitten der Arbeiterschaft
Fördert den Kampf
der sozialistischen Alkoholgegner!
Lest die Kampfschrift
„Der abstinente Arbeiter!“
Tretet ein in den
Arbeiter-Abstinente-Bund!

Schriften / Flugblätter / Plakate / Lichtbilder
Probenummern der Zeitschrift „Der abstinente Arbeiter“

Auskunft durch die
Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiter-Abstinente-Bundes
BERLIN SO 16, Engelufer 20

MONATLICHE TEILZAHLUNG!

Elegante Herrenkleidung



fertigt und nach Maß zu soliden Preisen.

Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.
Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl.
Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter
Damenmoden nach Maß. (P)

Julius Fabian Maß-
schneiderei
Gr. Frankfurter Str. 57, nur 2. Etage

Mitglieder 5% Rabatt

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.

KOCH & SEBLAND G. m. B. H. (P)

Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1893